Der Frankfurter Fürstentag von 1863

Herbert Hermann Hirschberg



Der Frankfurter Fürstentag von 1863.

Inauguraldissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen philosophischen Fakultät der Universität Bern
vorgelegt von

Herbert Hermann Hirschberg.

Von der philosophischen Fakultät auf Antrag des Herrn Prof. Dr. Woker angenommen.

Bern, den 17. Juli 1906.

Der Dekan: Prof. Dr. G. Huber.

Motto:
„Keine Nation gewinnt ein Urteil, als wenn sie über sich selbst urteilen kann. —
Zu diesem großen Vorteil gelangt sie aber zu spät."
(Goethe, Ethisches II.)

Straßburg i. E.
Josef Singer Hofbuchhandlung.
1907.

Dem Andenken zweier teurer Entschlafenen:

meiner Mutter Cäcilie Hirschberg, geb. Stranz

und

meinem Schwager Dr. med. M. Günther

in treuester Liebe!

Literatur-Verzeichnis.

Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit.
von Bernardy, Tagebuchblätter I—IV.
von Beust, Aus dreiviertel Jahrhunderten.
Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte.
von Bismarck, Fürst, Gedanken und Erinnerungen I. II., Reden.
Busch, Politik 1847/62.
von Coburg-Gotha, Herzog Ernst II., Aus meinem Leben.
Duckwitz, Denkwürdigkeiten 1841—66.
Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft.
Froebel, Ein Lebenslauf.
Grenzboten, Die, 1863, III/IV.
Hassel, König Albert als Kronprinz.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Krafft, Aus meinem Leben.
Horst-Kohl, Bismarck.
Marcks, Wilhelm I.
Maurenbrecher, Gründung des deutschen Reiches.
Oncken, Zeitalter König Wilhelms.
von Sybel, Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.



Einleitung.

Zu Anfang der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts begann der Streit Preußens und Oesterreichs um die Hegemonie in Deutschland allmählich seinen Höhepunkt zu erreichen. Zum Kampfe um die Vorherrschaft wurde besonders der Kaiserstaat durch die herrschende öffentliche Meinung des nichtpreußischen Deutschlands ermutigt, welche dem freisinnig scheinenden Oesterreich und seinem Staatsmann Schmerling im Gegensatze zum konservativen Preußen und dessen Minister Bismarck recht sympathisch gegenüberstand. Wie war es dazu gekommen? Dreimal in 14 Jahren war den Königen von Preußen die Gelegenheit entgegengetragen worden, sich zu erhöhen, indem sie den immer dringender laut werdenden Wünschen der Nation gerecht wurden. Das Frankfurter Parlament von 1849 trug ihnen die Kaiserkrone an; der dem Erfurter Unionsparlament vom März 1850 im Mai desselben Jahres zu Berlin folgende Fürstentag, auf welchem sich eine Anzahl patriotischer deutscher Fürsten, unter ihnen der Herzog Ernst von Sachsen-Coburg, erbot, treu zu Preußen zu stehen, hatte als Endresultat immer wieder nur ein neues Provisorium dafür, daß die Fortentwickelung des Einheitsgedankens sichtbar wurde. Und endlich war seit dem Jahre 1859 wieder eine große Partei im Volke rührig und im unaufhörlichen Fortschritte für den Bundesstaat tätig. Preußens Regenten aber hatten es noch nicht an der Zeit gefunden, auf das Angebotene einzugehen. Sie glaubten vielleicht ihre legitime

Herrschaft nicht durch die revolutionären deutschen Einheitsideen beflecken zu sollen. Denn, wenn auch zu Erfurt schon Herr von Radowitz am 26. März 1850 in seiner glänzenden Rede von dem „heldenmütigen Todeskampfe Oesterreichs um sein staatliches Dasein" sprach, wenn er auch den deutschen Regierungen vorhielt, daß sie „ohne Preußens mächtigen Schutz" dem Umsturz rettungslos verfallen waren, so gab es doch noch Leute, wie Stahl, Gerlach und Genossen, die „die Fittiche Preußens und Oesterreichs" und deren Adler immer gleichzeitig über Deutschland schwebend wissen wollten. Auch in der „Kreuzzeitung" suchten die alten Preußen gegen die Unionsbestrebungen zu revoltieren: „Soll Heinrich von Gagern regieren, der in der Paulskirche die Volkssouveränität predigte, oder sollen dies die Enkel des Großen Kurfürsten?" stand hier zu lesen. Daß unmittelbar nach 1848 eine Einigung unmöglich war, wo man sich selbst im eigenen Lande nicht einig über die zu fordernden Regierungsformen war, ist doch nur allzu leicht begreiflich, und weder die schwungvollen Reden Friedrich Wilhelms IV., noch das tatkräftige, aber leider nicht ausreichende Eintreten Herzog Ernsts konnte das weitere Zerbröckeln der Union verhindern.

Oesterreich, das Herr von Radowitz bereits im Todeskampfe gewähnt hatte, verwirklichte inzwischen mit aller Energie seine Bestrebungen zur Herstellung des alten Bundestages. Ohne sich um Preußens feierliche Protestnoten zu kümmern, verfolgte Fürst Schwarzenberg das gesteckte Ziel. Unerbittlich verwehrte der Fürst nicht nur der Union den Eintritt in den Bundestag als sanktionierte Körperschaft, er verlangte vielmehr von Herrn von Radowitz als geringste Bedingung die Suspendierung der Union. Ohne mit sich handeln zu lassen, wies er jede Anerkennung der Union zurück und hatte sich zum Wahlspruch das bekannte „Il faut avilir la Prusse, et puis la demolir" gemacht. Und schon

glaubte man diesen Wahlspruch halb erfüllt zu sehen, als Preußen am 3. November 1850 seinen Bußgang nach Canossa antrat, den Gang nach Olmütz, wo Herr von Manteuffel, wie ein österreichischer Vasall, die Forderungen Oesterreichs in Bausch und Bogen anzuerkennen gezwungen war. Wie bei Jena und Auerstädt das preußische Heer, Preußens ganze Macht gebrochen war, so brach hier in Olmütz die Union, die langgehegte Einheitsidee, in Stücke. Während aber bei Jena die Revolution es war, die siegend sich Bahn brach, war es hier in Olmütz der Geist der Reaktion, der alles nach Einigung Ringende im Keime erstickte. Darf man das Schicksal der Union, dieses Schicksal von unermeßlicher, widerspruchsvoller und verwickelter Bedeutung beklagen? Gewiß, es war ein schweres Verhängnis; aber sogar im Leben des Einzelnen wird die bitterste Trübsal oft zu einer heilsamen Krisis. Selbst in Preußen jubelte jetzt die siegreiche Reaktionspartei über die Niederlage des eigenen Staates; und ihr Organ, die „Kreuzzeitung“, schrieb damals in lautem Triumphe: „In Sack und Asche muß Preußen büßen für sein Buhlen mit Liberalismus und Nationalitätsschwindel!“ Aber es sollte doch anders kommen! Bei Magenta und Solferino wurde sich Oesterreich darüber klar, daß so Manches faul im Kaiserreich war, und daß es sich mit sich selbst zunächst beschäftigen müsse, bevor es daran ginge, in Deutschland Umgestaltungen zu seinen Gunsten vorzunehmen. Die verschiedenen Verfassungsexperimente, die sich alle fast als unhaltbar ergaben, zeigten denn auch, in welchem Maße Oesterreich einer Führung in deutschen Angelegenheiten fähig und würdig war. In Preußen aber war die Schmach von Olmütz nicht fruchtlos vorüber gegangen. Eine Anzahl von Patrioten hatten sich zusammengefunden, die sich die nationale Idee zur Grundlage machten, und in Preußens Könige den Mann erblickten, der Deutschland

einigen, ihre Pläne verwirklichen konnte. Diese Idee in das allgemeine Bewußtsein des Volkes zu tragen, sie demselben förmlich einzupflanzen, hatten sich Männer, wie Rudolf von Benningsen, Schultze - Delitzsch und Herzog Ernst von Sachsen-Coburg zur Aufgabe gemacht. Am 15. September 1859 gründeten sie den „Deutschen Nationalverein" in Frankfurt, der jedoch in Coburg unter dem Protektorate Ernst II. seinen Sitz nahm. Aus allen deutschen Landen hatten sich nationalgesinnte Männer unter dem Banner eines zu einigenden Deutschlands gesammelt. Preußen war durch Schultze-Delitzsch, v. Unruh, Duncker, Hannover durch v. Benningsen und v. Miquel, Thüringen durch Fries, die Hansastädte durch Riesser, Schleswig-Holstein durch Lehmann, Kurhessen durch Oetker, Darmstadt durch v. Metz, Nassau durch Lang, Bayern durch Brater vertreten. Bald zählte der Verein 20 000 Mitglieder. Hätten nicht die Regierungen der einzelnen Lande sich offiziell gegen die Bestrebungen ausgesprochen, so wäre die Zahl derselben doch wohl viel größer gewesen. In manchen Staaten, z. B. Mecklenburg, betrachtete und verfolgte man die Mitglieder des Vereins als Hochverräter. Die sogenannten „Preußischen Volksvereine" wurden von der Reaktion dem „Nationalverein" entgegengestellt, die in ihren Organen die Bestrebungen der Liberalen in den Schmutz der ärgsten Verleumdungen und Verdächtigungen zogen, indem sie dieselben des Atheismus, unpreußischer Gesinnung und republikanischer Gelüste bezichtigten. So hatten sich in Preußen Liberalismus und Reaktion die Spitzen geboten, als am 2. Januar 1861 Friedrich Wilhelm IV. von seinem unheilbaren Leiden erlöst wurde, und der Prinzregent Wilhelm den Thron bestieg. Wenn auch diese Thronbesteigung formell an den Machtbefugnissen des ehemaligen Prinzregenten keinerlei Aenderung zur Folge hatte, so bemerkte man doch bald, daß

Preußen jetzt von einem energischen Fürsten geführt, auf einem sicheren Pfade wandelte, an einem festen Programm festhielt. Der „neuen Aera“ in Preußen und dem „Liberalen Ministerium“ folgte am 19. März 1862 das konservative Ministerium „Hohenlohe“, welches dem nun folgenden Ministerium „Bismarck“ quasi als Vortrab dienen sollte.

Herr v. Bismarck — das ist der Staatsstreich! so tönte es in den Kreisen der Abgeordneten von Mund zu Munde. Dieser ganz unberechtigte horror teutonicus war jedoch nur folgerichtig. Man wußte ja noch nicht von der inzwischen erfolgten Wandlung in der politischen Anschauung des stockpreußischen Junkers Otto v. Bismarck, der 1847 als strenger Monarchist und Reaktionär die Gleichberechtigung der Juden bekämpft, der als „Vertreter eines christlichen Staates“ die preußischen Volksvereine und deren Organ, die „Kreuzztg.“, begründen geholfen hatte. War er es nicht gewesen, der nicht gewollt hatte, daß „die preußische Königskrone eingeschmolzen werde, um das Gold zu einer Kaiserkrone zu liefern“ und der gegen die Union die Worte: „Ich hoffe zu Gott, daß wir noch lange Preußen sein werden, wenn dieses Stück Papier (die Unionsverfassung) vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt!“ geschleudert hatte? Otto v. Bismarck hatte ferner Worte der Verteidigung gesprochen für Manteuffels „rettende Tat von Olmütz“, er hatte es für eine „Donquixoterie“ gehalten, daß Preußen sich in die kurhessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit verflochten hatte. Diese Zeugnisse seines politischen Verhaltens waren wohl dazu angetan, die öffentliche Meinung gegen das neue Ministerium Bismarck zu verstimmen, ja sogar Furcht und Schrecken vor der Zukunft aufkommen zu lassen. Auch das erste Auftreten des neuen Ministerpräsidenten im Landtage gab zur Bestärkung der ernstesten Besorgnis Anlaß. Sein „junkerlicher Uebermut“ hatte ihn hier zu dem bekannten

„Macht gehe vor Recht" verleitet. So legte man ihm auch seine Andeutungen, „Preußens Leib sei zu schmal für die Rüstung, die er tragen müsse" und „große Nationalfragen werden nur durch Blut und Eisen gelöst", falsch aus. Der bis dahin Unverstandene machte sich erst durch seine Haltung klar verständlich, als im Jahre 1862 von österreichischer Seite wieder Vorschläge zur Bundesreform gemacht wurden, die Preußens Macht einzuschränken zum Ziel hatten. An diese neueste politische Operation Oesterreichs, die auch von den süddeutschen Staaten mit großer Freude begrüßt wurde, knüpfte sich bald eine lebhafte Auseinandersetzung, indem Bismarck dem österreichischen Botschafter Karolyi offen erklärte[1]), Preußen sei nicht mehr geneigt, sich von den Mittelstaaten zu Gunsten Oesterreichs im Bundestage überstimmen zu lassen. Er beanspruchte vielmehr die Verlegung des österreichischen Uebergewichts nach Ofen und die Ueberlassung der Ordnung der deutschen Angelegenheiten für Preußen. In Wien gab man auf die im Sinne der Politik des großen Friedrichs gestellten Ansprüche Bismarcks nicht viel, man wollte einfach nicht an den Ernst des angedrohten Vorgehens Preußens glauben, und im schlimmsten Falle hoffte man auf die stets blinde Hilfsbereitschaft und Ergebenheit Mittel- und Süddeutschlands. So in Ruhe gewiegt, ging Oesterreich sogar so weit, durch das sogenannte „Delegiertenprojekt" neue Beratungen über die wichtigsten Fragen ohne Preußens Mitwirkung zu veranlassen. Sachsen unterstützte Oesterreichs Beginnen und wurde, indem es sich plötzlich für das Projekt ständischer Delegiertenversammlung entschied, ebenfalls Anwalt einer parlamentarischen Staatenvertretung im Bunde. Schon glaubte man, daß sich im Sommer 1862 ein 48 wiederholen würde; doch Bismarck

---

[1]) Sybel II. 449/50 und Bismarck I. 335.

verstand es geschickt, die Vorschläge des Wiener Kabinetts zu nichte zu machen und des Weiteren sich durch energische Forderung eines freigewählten, gesetzgeberische Tätigkeit ausübenden Parlaments jetzt der aura popularis zu vergewissern. Oesterreichs Protest gegen Bismarcks, durch freie Vereinbarungen mit den einzelnen Regierungen zu erstrebende Verwirklichung des alten Einheitsgedankens fand in deutschen Landen kein Echo. Bismarck jedoch, über dessen Standpunkt man sich jetzt endlich klar geworden war, flogen bei seinem energischen Eingreifen ein Teil der sehnsüchtigen Patriotenherzen zu, während ein anderer, immer noch fest zu Oesterreich haltend, nur von der Donau sein Heil, sein Deutschtum erflehte.

I.

Die unmittelbaren Vorbereitungen zum Fürstentage.

Wir haben gesehen, wie sich in Deutschland die Verhältnisse zugespitzt hatten, als plötzlich ein neues Moment in die Politik getragen wurde. Von österreichischer Seite wurde plötzlich im Sommer 1863 der Stein durch Veröffentlichung der bekannten, äußerst geschickt ausgearbeiteten „Denkschrift" ins Rollen gebracht. Ueber die Vorgeschichte dieses vielumstrittenen Vorboten des Frankfurter Kongresses, der die eigentliche Veranlassung war, sei hier folgendes bemerkt: Während Sybel in seiner „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." den österreichischen Minister von Schmerling zum Urheber des Frankfurter Fürstentags macht und in ihm ohne Zweifel den Redakteur der Denkschrift sieht[1]), ist nach Friedjung[2]) diese „Denkschrift" von dem revolutionärgesinnten Schriftsteller Julius Fröbel schon im Jahre 1861 ausgearbeitet und Herrn v. Schmerling überreicht worden. Auch Bismarck[3]) bestätigt, daß Fröbel „ohne Zweifel in die Vorbereitungen eingeweiht war", und Fröbel[4]) selbst bekennt sich als Verfasser der „Denkschrift". —

1848 bekanntlich wegen seiner Teilnahme an der Wiener Revolution durch den Fürsten Windischgrätz zum Tode ver-

[1]) Sybel II. 395 ff.

[2]) Friendjung I. 1. 56 ff.

[3]) Bismarck I. 348.

[4]) Froebel 227.

urteilt, war Fröbel später wieder begnadigt worden. Nachdem er sich lange Zeit im Auslande aufgehalten hatte, kam er gerade im geeigneten Momente in die Heimat zurück, um seine Person just zur rechten Zeit in den Dienst Oesterreichs zu stellen. Denn gerade jetzt konnte Schmerling solche „zur Agitation geeigneten Subjekte“ sehr gut für seine Pläne gebrauchen und verschaffte dem ehemaligen Demokraten eine staatliche Anstellung. Fröbel fand viele Anhänger, darunter auch den ehrgeizigen Erbprinzen von Thurn und Taxis, welcher den Plan eines Fürstenkongresses mit wahrem Feuereifer aufgriff. Schon jetzt — im Jahre 1861 — versuchte man diesen Plan zu verwirklichen — aber vergeblich. Auch als 1862 der sächsische Diplomat Graf Vitzthum von Eickstädt in einer längeren im Fröbelschen Sinne abgefaßten Abhandlung zur Berufung eines Fürstentages aufforderte, schenkte man seinen Ausführungen wenig oder gar nicht Beachtung[1]). Nach einer Pause von zwei Jahren sandte nun der Prinz von Thurn und Taxis im Mai 1863 seinen Minister, Frhrn. v. Doernberg, und einen für die Wünsche der Gesellschaft Jesu eifrig Propaganda machenden Mann, namens Gruben, zum Kaiser nach Wien, der sich den Gedanken eines Fürstentages sofort zu eigen machte. Franz Josef unterbreitete sein „Projekt“ keinem seiner Minister, sondern beriet sich nur mit dem sachkundigen Referenten für deutsche Angelegenheiten, Frhrn. v. Biegeleben. Schnell war dieser für die Sache gewonnen und ging nun mit Doernberg an die Ausarbeitung eines vollständigen neuen deutschen Reformentwurfes. Der Minister Rechberg erfuhr von der Konzeption und Geburt des Planes kein Sterbenswörtchen, während man Schmerling schließlich doch ins Vertrauen zu ziehen für nötig hielt. Biegeleben sah sich im Geiste schon als Kanzler einer neuen deutschen Monarchie,

[1]) Sybel II. 395.

und Doernberg wurde für seine Bemühungen durch eine Grafenkrone belohnt.

Nach Erledigung der oben erwähnten Vorarbeiten trat der junge Kaiser nun offiziell mit seinen Ministern in Beratung über sein Projekt. Während Rechberg sich mit Aufbietung aller ihm zu Gebote stehenden Machtmittel gegen die Einberufung des Kongresses sträubte, stimmte der schon vorbereitete Schmerling selbstverständlich für des Kaisers Projekt. Franz Josef beharrte mit unerschütterlicher Energie auf seinem Entschlusse, sodaß Rechberg seine Entlassung einreichte, welche der Kaiser nicht zu genehmigen beliebte. Rechberg, der ein sicheres Fiasko voraussah, blieb jetzt unter der einen schweren Bedingung, daß nur er, nicht auch Schmerling, den Kaiser nach Frankfurt begleiten sollte. Franz Josef war herzlos genug, diesen Wunsch sofort zu billigen, und so ging Rechberg allein mit nach Frankfurt, während Herr v. Schmerling den Dank des Hauses Oesterreich ernten durfte. Letzterer wurde umso lieber vom Kaiser übergangen, da er ihm schon zu mächtig schien. Fröbel erzählt[1]), daß der Kaiser dem Schmerling auf seine Bitte, ihn mit Frankfurt zu nehmen, geantwortet habe: „Wenn ich Sie mitnehme — was bin dann ich?“

Die Zeit, die sich Franz Josef zur Veröffentlichung der Denkschrift erwählt hatte, war gar nicht allzu günstig. Denn Preußen lag mit den Mittelstaaten im grimmsten Hader. Und die Männer der liberalen preußischen Partei, die jetzt mit Freude alte Gegner für ihre politischen Ideen besser eintreten sahen, als jemals die es vermocht hätten, die Führer hätten sein sollen, diese Männer konnten doch den Schmerz darüber nicht verbergen, daß ein solcher Umweg nötig geworden war, um für Preußen und Deutschland ein neues Staatenleben zu konstruieren. So fing die

[1]) Fröbel, 235.

preußische Regierung langsam an, sich im eigenen Lande durch ihre Ruhestandspolitik und tatenlose Diplomatie unbeliebt zu machen. Auch die Beziehungen zum Auslande — Frankreich und England — waren nicht die besten, als plötzlich und ganz unvermittelt die österreichische Denkschrift erschien. Sehen wir uns dies — wie Sybel sich ausdrückt — merkwürdige Aktenstück[1]) einmal etwas näher an: „Seit lange, hieß es, sind die Bundesverträge in ihren Fundamenten erschüttert ...., man muß sich eingestehen, daß die deutschen Regierungen schon jetzt nicht in einem festen, gegenseitigen Vertragsverhältnisse zusammenstehe, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen nebeneinander fortleben ...., der jetzige Zustand sei schlechthin chaotisch..... Eine einheitliche Spitze oder Parlament aus direkten Volkswahlen sei unmöglich, weil im Widerspruch mit dem föderativen Prinzip. Der Kaiser werde also ein Bundesdirektorium und eine Versammlung von Delegierten der deutschen Landtage, sodann ein Bundesgericht und periodische Fürstenkongresse in Vorschlag bringen. Was die Wege zum Ziele betreffe, so habe die Erfahrung gezeigt, daß bei Ministerkonferenzen und diplomatischen Verhandlungen die streitenden Interessen und Meinungsverschiedenheiten jede Uebereinkunft unmöglich machten. Die Fürsten aber in eigener Person, die Träger der Rechte, um die es sich handelt, sie alle von deutscher Gesinnung beseelt, würden sich durch unmittelbaren Gedankenaustausch leichter und besser als durch Mittelpersonen verstehen! ...

..... Preußens Wille könnte die Reform der deutschen Gesamtauffassung faktisch und rechtlich hindern. Würde sein Veto eingelegt, so könne der Bund in seiner Gesamtheit sich

---

[1]) Sybel, II., 396/397. Leider ist es mir nicht möglich gewesen, außer dem Teile, den ich Sybels Werke entnehme, die ganze „Denkschrift“ zu erhalten.

nicht aus seinem tiefen Verfalle erheben. Die Regierungen, welche dies erkennen, würden sich gezwungen sehen, die Hand an ein Werk der Not zu legen, indem sie sich zur partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Bereiche der eigenen Staaten entschließen, und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnisrechte die möglichst ausgedehnte Anwendung geben. Zum Schlusse folgten noch einige Mahnungen an Preußen, von seinen bisherigen, der Stärkung des Bundes feindseligen Politik abzulassen, da es doch heute von Preußens Entschließungen abhänge, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und für Europa so unendlich wichtigen Bestimmungen zu heben."

Was Franz Josef mit seinem „Werk der Not" zeitigen wollte, ist wie ein Brillantfeuerwerk in ein Nichts zerfallen, und die Politik, die der Kaiser Preußen mit der Denkschrift zu imputieren beliebte, war mehr gut österreichisch, denn preußisch. Wiederholt hatte Oesterreich gegen die Absichten Preußens, den Bund im Bunde zu gründen, den Namen des Bundesrechts in schreienden Protesten angerufen. Jetzt behauptete man dreist, daß Preußen die Zerrissenheit des Bundes durch Nichteinhalten der Bundesverträge verursacht habe und drohte selbst mit dem von Preußen oft angewandten Mittel des „Bundes im Bunde". Deshalb kann man wohl mit Recht behaupten, daß die Abfassung und das Erscheinen der „Denkschrift" für Preußen wenig erfreulich war, daß sie vielmehr das zwar nicht beabsichtigte, jedoch durch die ganze Redaktion hervorgerufene Gegenteil der von Oesterreich erwünschten Zusammenkunft aller deutschen Fürsten auf einem großen abzuhaltenden Kongresse ganz selbstverständlich zur Folge haben mußte.

Am 6. August 1863 erhielten alle deutschen Regierungen die Einladung des Kaisers, mit ihm durch ihre Fürsten

persönlich über Deutschlands Zukunft in Frankfurt zu beraten. Das Einladungsschreiben trägt das Datum des 31. Juli 1863. Es lautet wörtlich:

„Beseelt von dem Wunsche, zur Wohlfahrt Deutschlands beizutragen, und der Ueberzeugung Mich nicht verschließend, daß die Verfassung des deutschen Bundes in ihrem gegenwärtigen Zustande nicht mehr in genügendem Maße dem Zweck entspreche, ein stetes Band der Einigung für Deutschlands Fürsten und Völker zu bilden, halte Ich es als Bundesfürst für Meine Pflicht, Meine ganze Sorgfalt von Neuem der sich immer dringender gestaltenden Aufgabe einer zeitgemäßen Reorganisation des Bundes zuzuwenden. In der Hoffnung, Mich hierin mit den Gesinnungen und Bestrebungen Meiner Bundesgenossen zu begegnen, habe ich Mich entschlossen, den souveränen Fürsten und freien Städten Deutschlands die Eröffnung einer gemeinsamen Beratung über die Frage vorzuschlagen, wie die deutsche Bundesverfassung unter Aufrechterhaltung ihrer wesentlichen Grundlagen, aber zugleich unter wohlerwogenen Berücksichtigung der politischen Bedürfnisse der Gegenwart neu befestigt und ausgebildet werden könnte. Sowohl die hohe Wichtigkeit dieser Frage, als die Erwägung, daß die Lösung der vielfachen mit derselben verbundenen Schwierigkeiten einem unmittelbaren Meinungsaustausch zwischen den Souveränen leichter, als einer Unterhandlung durch Bevollmächtigte gelingen könnte, haben Mir zugleich den Wunsch eingegeben, es möge Meinen hohen Verbündeten genehm sein, sich in Person mit Mir zu der gedachten Beratung zu vereinigen. Euer Liebden zu einer solchen Versammlung einzuladen, ist die Bestimmung des gegenwärtigen Schreibens. Auf Kräftigung des Bundesprinzips gerichtet, würde der Zweck der Zusammenkunft schon in der Wahl des Ortes einen

passenden Ausdruck finden, wenn diese Wahl auf die Bundesstadt Frankfurt fiele, und Ich würde es daher Euer Liebden Dank wissen, wenn es Demselben gefallen würde, Mir in der genannten Stadt, wohin Ich Mich am 16. August zu begeben die Absicht hege, zu dem bezeichneten heilsamen und der Mitwirkung Euer Liebden so würdigen Werke als Bundesgenosse und als Freund der Sache Deutschlands die Hand zu reichen."

Beachtenswert ist hier, daß die österreichische Regierung sich jeder Verantwortlichkeit für des Kaisers Vorgehen entledigte, indem sie in einem offiziellen Begleitschreiben das Vorgehen des Kaisers als höchst persönlich bezeichnete.

II.

Kaiser Franz Josef und König Wilhelm vor dem Fürstentage.

Der Einladung zum Fürstentage war ein Besuch Franz Josefs bei dem derzeit in Gastein zur Kur weilenden König Wilhelm **gefolgt, nicht** — wie man heute noch allgemein glaubt — **vorausgegangen,** denn es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Einladung das Datum des 31. Juli 1863 trägt, also bereits eine Tatsache (wenn auch erst am 3. August 1863 der preußischen Regierung zugestellt) vorlag, als der Kaiser seinen diplomatisch berechneten Besuch, der den Charakter verwandtschaftlicher Vertraulichkeit tragen sollte, für den 2. August ansagte. Gemütlich wollte er als Neffe den 2., 3. und 4. August bei seinem Onkel verleben, ohne dabei zu bedenken, welche Demütigung er mit seinem Ausschreiben in 2 Tagen der preußischen Regierung zufügen würde. Denn es war doch immerhin unerhört, daß ein Vorschlag zur Bundesreform den deutschen Fürsten nur von **einer** der beiden Großmächte ohne vorangegangene Verständigung mit der anderen und ohne jede Aufforderung zur Mitautorschaft vorgelegt wurde, und so von Oesterreich allein, und nicht — wie es ja nur gerecht gewesen wäre — von beiden Mächten zugleich ausging.

König Wilhelm war allerdings durch Bismarck bereits von dem beabsichtigten Schlage Franz Josefs gegen Preußen völlig unterrichtet (woher Bismarck Kenntnis von den Verhandlungen Franz Josefs mit den Höfen Dresden und

München erhalten hat, ist bisher nicht aufgeklärt), wurde aber immerhin offiziell erst am letzten Tage seines Besuches von der beabsichtigten Fürstenversammlung durch die Denkschrift in Kenntnis gesetzt. Oesterreich wollte Preußen mit einer fertigen Koalition überrumpeln; ähnlich wie vor dem Siebenjährigen Kriege stand Preußen ganz von seinen Bundesgenossen verlassen da. Ueber die Vorgänge in diesem Stadium der Entwicklung verbreiten neues Licht die Aufzeichnungen des Prinzen Krafft Hohenlohe-Ingelfingen[1]), des Flügeladjutanten Wilhelm I. Ueber den Besuch in Gastein gibt Hohenlohe Aufklärungen, die bedeutend von Sybels Berichten abweichen. Der Kaiser kam am 2. August und unter äußerst herzlichen Begrüßungsformalitäten verlief der erste Tag. Auch am zweiten Tage seines Aufenthalts will Franz Josef nicht mit der Sprache heraus, man unterhält sich von „Jagd, Gemsen, Felsen, Alpen, dem gegenseitigen Befinden usw." Auf Bismarcks häufige Fragen nach den stattgehabten Spaziergängen der Monarchen muß König Wilhelm immer stereotyp: „Noch keine Silbe!" antworten. Endlich am letzten Tage seines Besuches soll nach Hohenlohe[1]) der Kaiser dem Könige von der Idee eines Fürstentages gesprochen haben, weil es ihm besser schiene, diese Sache werde von den Fürsten in die Hand genommen, als daß man wieder revolutionäre Einigungsgelüste abwarte. König Wilhelm habe — hierin stimmt Hohenlohe mit Sybel[2]) überein — zunächst ausweichend geantwortet, dann aber die Vorbereitung durch Ministerkonferenzen als conditio sine qua non für sein Erscheinen gefordert. Nach Hohenlohe trug die ganze Besprechung jedoch das Gepräge einer vorläufig noch unbestimmten Idee. Umsomehr, schreibt

[1]) Hohenlohe, 346 ff.
[2]) Sybel, II., 398 ff.

Hohenlohe[1]), erstaunte König Wilhelm und sein Gefolge, als der Kaiser beim Abschiede dem Könige laut vor allem Volke zurief: „Auf Wiedersehen in Frankfurt!“ Dieser berechnete Trick sollte zur Verbreitung des Gerüchts dienen, als hätte König Wilhelm bestimmt sein Erscheinen in Frankfurt zugesagt. Der Prinz Hohenlohe[1]) bemerkt hierzu wörtlich: „Geschrieben 1891. Vor einem Jahre ist Sybels Werk über Wilhelm I. erschienen. Darin stellt dieser Historiker die Zusammenkunft von Gastein anders dar. Die Sache verlief so, wie ich sie hier erzähle, nicht nach Sybels Darstellung.“

Es scheint mir, daß Hohenlohe sich mit Bezug auf die chronologischen Angaben ein wenig irrt. Nach Sybel[2]) kam Kaiser Franz Josef am 2. August 5½ Uhr nachmittags und reiste schon am 3. — nicht am 4., wie der Prinz glaubt — wieder ab. Es hat auch nur eine einzige Promenade am Morgen des 3. August — nicht mehrere — stattgefunden, und da die Unterredungen sämtlich unter 4 Augen stattfanden, so ist auf ihren Inhalt nur aus den Aufzeichnungen des Königs hierüber zu schließen. Aber bei der bestimmten Erklärung Hohenlohes ist anzunehmen, daß ihm vertrauliche Mitteilungen von höchster Stelle zur Verfügung standen. Sehr launig erzählt Bismarck[3]), wie er durch einen Zufall verhindert worden war, seinen König vor der ersten Zusammenkunft mit Franz Josef zu sprechen und meint ganz richtig, daß „dann der erste Eindruck, den die Eröffnungen des Kaisers auf den König gemacht haben, vielleicht doch ein anderer gewesen wäre“. Nach Bismarck drehte sich das Gespräch hauptsächlich um das zu gründende Direktorium von 5 Mitgliedern, und um das mit Abgesandten der

---

[1]) Hohenlohe, 347.
[2]) Sybel, II., 398.
[3]) Bismarck, I., 339.

deutschen Kammern zu besetzende Bundesparlament mit nur beratender, nicht beschlußfähiger Stimme. Mit Recht lehnte der König, vor allem auf die Notwendigkeit der dringendsten oben erwähnten Vorarbeiten hindeutend, ein Erscheinen im Fürstentage ab, stellte jedoch dasselbe für Anfang Oktober in Aussicht[1]), falls ein ausgearbeitetes Projekt nach stattgehabter Beratung der Minister bis zu diesem Termine der Fürstenversammlung vorgelegt werden könnte. Sofort nach der Abfahrt des Kaisers schrieb König Wilhelm ein Resumé seiner mündlich gemachten Bemerkungen nach Wien (3. August). Sybel[2]) berichtet darüber und stimmt hier im wesentlichen mit Hohenlohe überein: „Er trete der Darstellung der Notwendigkeit einer Bundesreform völlig bei, halte aber die Berufung eines Fürstenkongresses an und für sich, und vollends auf einen so nahe anberaumten Termine, wie den 16. August, für bedenklich. Denn die Fürsten könnten bis dahin sich auf eine so wichtige Entscheidung nicht vorbereiten, und auch nach einer längeren Bedenkzeit scheine die notwendige Erwägung bei der Arbeitsfähigkeit eines so gestellten Kollegiums unmöglich. Es sei also eine vorbereitende Erörterung des Entwurfs durch eine Ministerkonferenz vorzuziehen, deren Ergebnisse dann durch eine Fürstenversammlung sanktioniert werden könnten. — — — Schließlich gebe er zu bedenken, welchen Eindruck es machen müsse, wenn der Fürstenkongreß unverrichteter Sache auseinander ginge; ein größerer Dienst könne der Revolution nicht erwiesen werden, umso notwendiger sei eine den Erfolg sichernde Maßregel.“

Weshalb Franz Josef den Preußenkönig um Niederschrift dieses Resumés ersucht hatte, ist der Geschichtsschreibung unklar geblieben. Denn — ohne den Bericht

[1]) Bismarck, II., 339.

[2]) Sybel, II., 398 ff.

Wilhelm I. abzuwarten, in welchem dieser alle seine Waffen gegen des jungen Kaisers Ungestüm angewandt hatte — waren die Einladungen zum Kongreß ja bereits ausgefertigt. Ich möchte hier noch hervorheben, daß eine kategorische Ablehnung in des Königs Briefe immer noch nicht erfolgt war und fasse mit Erich Marcks[1]) Wilhelms Verhalten nur als eine Negation in mildester Form auf. Durch einen kaiserlichen Gesandten erhielt nun Wilhelm die vom 31. Juli datierte Einladung amtlich am 3. August zugestellt, während — wie oben bemerkt — alle andern deutschen Höfe erst am 6. August in den Besitz der Einladungen gelangt sind. Nunmehr erst entschloß sich der König zu einer offiziellen Ablehnung, die bereits am 4. August mit einem privaten Handschreiben, in welchem der Onkel dem Neffen sein Bedauern ausdrückte, auch aus Gesundheitsrücksichten sich am Kongresse nicht beteiligen zu können, nach Wien abging. Es folgt hier:

„Es gereicht Mir zur lebhaftesten Genugtuung, aus Euer Majestät Schreiben zu ersehen, wie Ew. Majestät mit Mir in der Anerkennung des Bedürfnisses einer den Zeitumständen entsprechenden Reorganisation der deutschen Bundesverfassung übereinstimmen, und bin Ich gerne bereit zu gemeinsamen Beratungen über eine Aufgabe, welche Mir jederzeit am Herzen gelegen hat, und die in der Mannigfaltigkeit der Wege, auf welchem ihre Ordnung bisher versucht worden ist, ebenso die Wichtigkeit, wie die Schwierigkeit der letzteren erkennen läßt. Einer in die Interessen Meines Volkes und der gesamten deutschen Nation so tief eingreifenden Frage gegenüber sind es zunächst zwei Erwägungen, welchen Ich im Interesse der Sache selbst Meine Entschließungen unterordne. Einmal kommt es darauf an, zu verhüten, daß das bestehende

---

1) Marcks, V. 2. (221).

Maß der Einigung vor jeder Gefährdung durch das Streben nach einem festern Bande bewahrt werde. In dieser Beziehung entnehme Ich aus Ew. Majestät Absicht, die wesentlichen Grundlagen der Bundesverfassung zu erhalten, die Bürgschaft, daß das Gute, soweit es vorhanden, nicht ohne Sicherheit des Erfolges dem Streben nach Besserem geopfert werden wird. Meine zweite Erwägung ist die, daß die Erreichung des für die Zukunft gesteckten Zieles durch die Wahl des Weges wesentlich beeinträchtigt oder gefördert werden wird. Unsere Arbeiten würden, Meines Erachtens, dadurch nicht erleichtert werden, daß Wir sie mit einer Zusammenkunft der Souveräne beginnen. Es erscheint Mir unerläßlich, daß einem so bedeutsamen Schritte, wenn er den gewollten Erfolg haben soll, eingehende Vorarbeiten und Konferenzen Unserer Minister vorausgehen, über deren Ergebnis schließlich von den Souveränen die Entscheidung zu treffen sein wird.

Aus diesem Grunde glaube Ich Mir die Annahme der Einladung zum 16. d. M. versagen und Ew. Majestät vorschlagen zu sollen, daß Wir die Fragen, über welche von den Souveränen sämtlicher Bundesstaaten zu beschließen sein wird, zunächst in Ministerkonferenzen der Vertreter der 17 Stimmen des engeren Rates der Bundesversammlung beraten und feststellen lassen. Mit der Wahl Frankfurts als Ort einer solchen Versammlung bin Ich einverstanden, und indem Ich Mich freuen würde, mit Ew. Majestät gemeinsam Hand an ein Werk zu legen, mit dessen Gelingen die Zukunft Deutschlands so innig verknüpft ist, ergreife Ich usw.

Gastein, den 4. August 1863.

gez. Wilhelm.

Wie konnte der König, nachdem der Wiener Hof alle seine Einwürfe unbeachtet gelassen, ja nicht einmal die Ankunft der erwünschten Aufzeichnungen erwartet hatte, auch anders handeln? Um vielleicht des Kaisers voreiligen Entschluß doch noch ins Wanken zu bringen, hatte man bereits morgens die beabsichtigte Ablehnung telegraphisch nach Wien vorgemeldet. Hier aber hatte man kein Ohr für derlei Gegenmaßregeln, und ungeachtet des Telegramms gingen noch an demselben Tage (4. August) alle Einladungen an Deutschlands Fürsten und Reichsstädte ab. Den einmal ergriffenen Gedanken des Fürstentages vertrat Franz Josef mit einem unheimlichen, ganz persönlichen Feuer, das sich bei seinen späteren diplomatischen Handlungen nie in dieser übersprudelnden Weise verraten hat. Er hoffte jedenfalls, auf ihm die drängende deutsche Frage zur Befriedigung aller erregten Gemüter, aber sicher hauptsächlich zum Nutzen seiner Monarchie entscheiden zu können. Auf Grund dieser Beweggründe waren seine Vorschläge jedenfalls für Preußen vollkommen unbrauchbar, und auch — wie die Zukunft lehrte — für die Regelung der deutschen Frage ebenso verkehrt als die früheren. Von Beginn bis zum Schluß der Verhandlungen der beiden Monarchen hat sich König Wilhelm durchaus fest und abweisend verhalten, und ich möchte mit Marcks[1]) sagen, „er hat sich nicht das Mindeste vergeben“.

[1]) Marcks, V. 2. (221).

III.

Stellung der anderen Mächte zum Kongreß und Beginn desselben.

Für das übrige Deutschland war Franz Josefs Ladung nach Frankfurt ebenfalls eine große Ueberraschung. Bremens Bürgermeister, Duckwitz[1]), erzählt über die Wirkung derselben in seinen Denkwürdigkeiten: „An die Möglichkeit eines Umschwungs konnte zur Zeit gar nicht gedacht werden, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel Anfang August 1863 die Einladung des Kaisers von Oesterreich zum Fürstentage nach Frankfurt am Main zum Zwecke der Neugestaltung des deutschen Bundes einging. Man wußte nicht, wie diese Einladung zu verstehen sei, indes hielt der Senat dafür, daß derselben Folge zu geben sei und beauftragte mich, nach Frankfurt zu reisen und an den Beratungen teilzunehmen."

Und wenn auch Preußens leitender Minister am 7. August die befreundeten Regierungen aufforderte, König Wilhelms Beispiele Folge zu leisten und ein Erscheinen ihres Landesfürsten in Frankfurt abzulehnen, so machte sich doch sofort eine wahre Begeisterung und Popularitätspropaganda für das kaiserliche Projekt breit, sodaß Bismarcks Depesche[2]): „Die naheliegenden Bedenken und Motive, welche — — und außerdem auch die Gewißheit der Ablehnung Seiner Majestät des Königs werden, wie ich an-

---

[1]) Duckwitz, 149 ff.

[2]) Ernst, II., 303.

nehmen darf, für die Aufnahme des Vorschlages auch bei den übrigen deutschen Höfen ihr Gewicht nicht verfehlen", doch ihren Endzweck nicht erreichte.

Dem Rufe des Kaisers folgten mit Ausnahme Lippes, Anhalt-Bernburgs und Holsteins die deutschen Regenten und die 4 Bürgermeister, als Vertreter der 4 freien Reichsstädte, nach Frankfurt. Der Großherzog von Baden, der von Weimar und Herzog Ernst II. von Coburg-Gotha beschlossen unter sich, noch vor dem Zusammentritt in Frankfurt den Versuch zu machen, König Wilhelm durch eine Deputation gewählter Fürsten zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bewegen. In fast allen Teilen Deutschlands zündete der Gedanke an das kommende Ereignis flammende Begeisterungsfackeln und gerade deshalb wollten auch Preußen befreundete Fürsten nicht verstehen, weshalb nicht auch Wilhelm I. helfen wollte, das einige Deutschland zu gründen.

Die alte Kaiserwahlstadt, die Parlamentsstadt Frankfurt, legte ihr Festgewand zum Empfange des Kaisers an, in dem man den künftigen Retter, das neue Reichsoberhaupt des nach Einigung lechzenden Volkes zu begrüßen meinte. Ein Reformator des deutschen Bundes, umgeben von einer Fürstenversammlung, wie sie Deutschland seit Jahrhunderten nicht gesehen hatte, sollte der Gast Frankfurts sein! Den meisten Fürsten wohnte das Gefühl der Ehrerbietung inne, welches in diesen Kreisen gegen das Haus der habsburgischen Lothringer noch nicht erloschen war. Und dieses hatte sich auch der Frankfurter Bürgerschaft mitgeteilt, die über die hohe Auszeichnung ihrer Stadt, vom Kaiser gewählt worden zu sein, ganz besonders stolz sein zu müssen glaubte. Ueberhaupt war durch die Sitzungen des Bundestages, die in Frankfurt dominierende österreichische Presse, die überall beliebte, fesche österreichische Soldateska in dem zentralen Frankfurt der österreichische Einfluß in starker

Geltung und hatte es schon zu einer gewissen Macht gebracht. Dazu kam, daß der österreichische Geldmarkt die Börse völlig beherrschte und daher Oesterreichs Ansehen zusehends erhöht wurde. Hier wollte Franz Josef inmitten festlich gekleideter Fürsten seine Geburtstagsfeier abhalten. Die Zukunft jedoch sollte entscheiden, welches Festgepränge die relativ größere politische Bedeutung hatte, das bekannte patriotische Schützenfest im jauchzenden Frankfurt von 1862 oder das patriotisch sein sollende Fürstengepränge im jauchzenden Frankfurt von 1863. Immer glaubte man noch fest daran, daß Preußen sich umstimmen lassen werde — vergeblich! Unter den täglich ankommenden Fürstlichkeiten war König Wilhelm nicht. Die Erwartung hatte sich bis aufs Aeußerste gesteigert, als Franz Josef durch Glockenläuten, Jubelhymnen, Geschützsalute .und von einer gewaltigen Menschenmenge begrüßt, am 15. August (nicht wie Ernst II. irrtümlich schreibt am 16.) seinen mit ungeheueren Pomp veranstalteten Einzug in die Stadt hielt. Wenn Duckwitz[1]) behauptet, daß man sich unter dem Einzuge Gott weiß was gedacht und 2 Taler für einen Fensterplatz in der Gallusstraße, durch welche Franz Josef auch wirklich eingezogen ist, gezahlt, jedoch nichts gesehen habe, da der Kaiser in einer einfachen Equipage längst unbemerkt durch die Straße gefahren sei, so möchte ich dies als einen ihm unterlaufenen Irrtum hinstellen, der sich wohl daraus erklärt, daß Arnold Duckwitz seine Aufzeichnungen erst in den achziger Jahren gemacht und herausgegeben hat. Nach genauen Berichten der „Frankfurter Zeitung“ aus jenen Tagen ging der Einzug wie geschildert von statten, und Franz Josef nahm von allen städtischen Körperschaften begrüßt, die Huldigung Frankfurts entgegen, und tags darauf die Huldigung seiner Gäste, der deutschen Fürsten. Die Könige von Württemberg und

[1]) Duckwitz, 150.

von den Niederlanden hatten Stellvertreter gesandt, dieser den Kronprinzen, jener den Prinzen Heinrich. Im Ganzen bildeten 24 fürstliche Personen und die 4 Bürgermeister der freien Reichsstädte den Kongreß[1]). Ihnen gefiel das energische Auftreten des jungen Herrschers, der mit imponierender Ruhe und einem ungewöhnlichen Präsidialtalent bereits am 17. August als Vorsitzender mit folgender Begrüßungsrede[2]) die Fürstenversammlung eröffnete:

„Durchlauchtigste, freundlich liebe Brüder und Vettern, sehr werte Bundesgenossen!“

„Eine Versammlung der Häupter der deutschen Nation, beratend über das Wohl des Vaterlandes, ist ein Ereignis, welches eine nach Jahrhunderten zählende Vergangenheit nicht gekannt hat. Möge durch den Segen der göttlichen Vorsehung Unsere Zusammenkunft an der Schwelle einer heilbringenden Zukunft stehen. Empfangen Eure Majestäten und Sie Alle, Durchlauchtigste, vielgeliebte Verbündete, Meinen Dank für Ihr bundesfreundliches Entgegenkommen. Ich habe Meinen erhabenen Bundesgenossen einen unter Meiner Leitung ausgearbeiteten Entwurf einer Reformakte des deutschen Bundes überreichen lassen. Gegründet auf einen erweiterten Begriff der Bundeszwecke, legen die Bestimmungen dieses Entwurfs die vollziehende Gewalt des Bundes in die Hände eines Direktoriums, welchem ein Bundesrat zur Seite stehen würde. Sie berufen periodisch eine Versammlung von Abgeordneten zu vollberechtigter Teilnahme an der Gesetzgebung und dem Finanzhaushalte des Bundes. Sie führen periodische Fürstentage in das politische Leben Deutschlands ein. Sie verleihen durch Gründung eines unabhängigen Bundesgerichts dem öffentlichen Rechts-

[1]) Ernst, II., 325.

[2]) Derselbe, II., 308 ff.

zustande in Deutschland eine unantastbare Gewähr. In allen diesen Beziehungen wahren sie folgerichtig und so strenge als möglich den Grundsatz der Gleichberechtigung unabhängiger, verbündeter Staaten, vereinigen aber mit diesem Grundsatz zugleich diejenigen Rücksichten auf Machtverhältnis und Volkszahl, welche von der Natur der vorgeschlagenen Einrichtungen, insbesondere eine kräftige Exekutive und eine Gesamtvertretung am Bunde unzertrennlich sind. Alle Erwägungen aber, die Mich im Einzelnen leiteten, entstammen in ihrem tieferen Grunde nur einem einzigen Gedanken. Ich glaubte, daß es an der Zeit sei, den Bund, den Unsere Väter schlossen, im Geiste Unserer Epoche zu erneuern, ihn durch die Teilnahme Unserer Völker mit frischer Lebenskraft zu erfüllen und ihn dadurch zu befähigen, Deutschland in Ehre und Macht, in Sicherheit und Wohlfahrt als ein unzertrennliches Ganze zusammenzuhalten bis in die spätesten Tage. Meine Vorschläge sind ohne Zweifel der Vervollkommnung fähig, — Ich bin der Erste, es anzuerkennen. Allein Ich gebe Meinen erhabenen Verbündeten zu bedenken, ob es in Unserem gemeinschaftlichen Interesse liege, um der möglichen Verbesserungen willen die Annahme des Planes, der jedenfalls im Vergleiche mit dem gegenwärtigen Zustande einen hohen Gewinn für Deutschland in sich schließt, auch nur um eine kurze Frist zu verzögern. In der vorgeschlagenen Reformakte selbst sind die nötigen verfassungsmäßigen Mittel dargeboten, um in gesetzlich geregeltem Gange mit sicherer Hand die Mängel des ursprünglichen Werkes zu beseitigen und die Verfassungszustände des Bundes in immer vollständigeren Einklang mit allen begründeten Anforderungen zu setzen. Nicht in der Eröffnung weit aussehender Beratungen, sondern nur in einem raschen und einmütigen Entschlusse der deutschen

Fürsten vermag Ich die Möglichkeit zu erblicken, festen Boden in der Frage der Zukunft Deutschlands zu gewinnen.

Durchlauchtigste Brüder und Vettern! Sehr liebe Bundesgenossen! Wie Sie mit Mir die erhebenden Augenblicke teilen, so teilen Sie auch Mein tiefes Bedauern darüber, daß, da Preußen nicht unter Uns vertreten ist, eine große Genugtuung Unseren heiligsten Wünschen fehlt. Es ist Mir versagt geblieben, den König Wilhelm von Preußen zu bewegen, Unserem Einigungswerke Seine persönliche Mitwirkung zu gewähren. Aber die Hoffnung, auf ein glückliches Ergebnis dieses Tages halte ich deshalb nicht minder standhaft fest. Der König von Preußen hat Meine Gründe für die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Reform der Bundesverhältnisse vollkommen gewürdigt. Keinen anderen Einwand hat König Wilhelm Meiner Einladung zu einer Fürstenversammlung entgegengestellt, als daß diese wichtige und schwierige Angelegenheit nicht hinlänglich vorbereitet sei, um unmittelbar in dem erleuchteten Kreise der Fürsten Deutschlands in Beratung gezogen zu werden. Im Grundsatze hat sich der König nicht gegen eine Fürstenversammlung erklärt, sondern nur geglaubt, daß Beratungen Unserer Minister einer solchen vorhergehen sollten. Ich habe Seine Majestät auf die Unfruchtbarkeit aller früheren durch Mittelspersonen gepflogenen Verhandlungen aufmerksam gemacht, aber von Uns hängt es nunmehr ab, durch die Tat zu beweisen, daß für Uns die Frage der Erneuerung des Bundes reif ist, daß in Unsern Gemütern der Entschluß, die deutsche Nation nicht länger die Mittel zu höherer politischer Entwicklung entbehren zu lassen, feststeht. — Einigen wir Uns um des unberechenbar wichtigen Ganzen willen leicht und rasch über das Einzelne! Wahren Wir

bundestreu in Allem den Platz, der dem mächtigen Preußen gebührt! Und hoffen Wir zu Gott, daß das Beispiel Unserer Eintracht mit siegender Gewalt auf alle deutschen Herzen wirke! — Mir persönlich aber, durchlauchtigste Bundesgenossen und Freunde, wird es stets zur höchsten Beruhigung gereichen, lauteren Willens Mein Streben dahin gerichtet zu haben, in dieser ernsten Zeit das Nationalband der Deutschen zu festigen und den Bund, durch den Wir eine Gesamtmacht sind, auf die Höhe seiner für Deutschland Heil und Europas Frieden gleich wichtigen Bestimmung zu erheben."

Der Bayernkönig Maximilian, dessen nachmalige Krankheit und früher Tod meiner Meinung nach durch den Frankfurter Fürstentag die ersten Keime erhalten hat, erwiderte in einer zwar förmlich, jedoch im Großen und Ganzen gut habsburgisch angehauchten Rede.

Antwort des Königs von Bayern[1]):

„Der Einladung Eurer Kaiserlichen Majestät folgend, sind Wir hierhergekommen, Alle, wie Ich nicht zweifle, beseelt von demselben bundestreuen und vaterländischen Gefühle, aus welchem die Einladung selbst hervorgegangen ist, und durchdrungen von dem heißen Wunsche dem Verlangen nach zeitgemäßer Ausbildung der Bundesverfassung eine gerechte und für alle Teile heilsame Befriedigung zu gewähren. Dieser Uebereinstimmung im Ziele und Streben Uns bewußt, haben Wir Uns versammelt, ohne im Einzelnen die Vorschläge zu kennen, welche Ew. Kaiserliche Majestät Unserer gemeinschaftlichen Beratung zu übergeben beabsichtigten. Wir haben es getan im Vertrauen darauf, daß der Geist gegenseitiger Rechtsachtung und gemeinschaftlicher Hingebung an die großen Gesamtinteressen auch jene Vorschläge durchdringen und tragen

[1]) Ernst, II., 310/11.

werde. Wir leben des Vertrauens, daß dieselben demgemäß eine geeignete Grundlage bilden werden, um darauf im Geiste und nach den Bedürfnissen Unserer Zeit einen Bau zu gründen, welcher der deutschen Nation, die an geistlicher und sittlicher Tüchtigkeit, an Bildung und Tätigkeit, wie an materiellen Kräften keiner andern Nation nachsteht, die gebührende Macht nach außen in konzentrierter Fassung und die ihrer Geschichte und ihrem Wesen entsprechende reiche Gliederung und Lebenstätigkeit im Innern gewährt und enthält. In diesem Geiste werde Ich die Vorschläge Ew. Kaiserlichen Majestät in die gewissenhafteste Erwägung ziehen und Mich darüber aussprechen, und Ich glaube hiermit der gleichen Gesinnung aller hier vereinigten Bundesgenossen Ausdruck geliehen zu haben. Aus tiefster Seele teile Ich das Bedauern Ew. Kaiserlichen Majestät und gewiß teilen es mit Uns alle Unsere teuren Bundesgenossen, daß es uns noch versagt bleibt, des Königs von Preußen Majestät in Unserer Mitte zu begrüßen. Halten wir die Hoffnung fest, daß bei Unserem nächsten Zusammentritt dieses mächtige Glied die große Kette deutscher Macht und Herrlichkeit abschließen werde, und vergessen Wir es nicht, daß Wir diese Hoffnung in dem Grade der Erfüllung näher führen können, in dem Unsere jetzigen Bestrebungen zu einem raschen und einmütigen Entschlusse führen. Deutschlands Völker haben, einzelne kurze Verwirrungen und Wirren abgerechnet, seit nahezu einem halben Jahrhundert den Frieden des Rechts und der Treue genossen. Verleugnen Wir es nicht — da es oft verkannt worden —, daß der deutsche Bund und seine Verfassung der Grund war, auf dem jener Friede gepflegt ward. Verkennen Wir es aber auch nicht, daß diese Grundlagen um der zeitgemäßen Fortbildung und Entwicklung, insbesondere

durch organische Einfügung einer Vertretung der einzelnen Völker bedürfen! Das Ziel, nach dem Wir ringen, ist Uns klar; sind auch die Wege noch nicht geebnet und teilweise verhüllt. Gehen Wir mit ruhigem und festem Sinn, mit treuem und redlichem Willen an das Werk, dann wird der Segen des allmächtigen Gottes mit Uns sein und Unser Werk krönen."

Nicht ohne Grund ließ König Max seine Rede ganz ins Kielwasser Franz Josefs vom Stapel. Hatte es Bayern doch Oesterreich zu danken, daß es durch den „Wiener Entwurf" zur dritten deutschen Großmacht erhoben wurde, während die drei andern Könige allen übrigen Bundesmitgliedern gleichgemacht worden waren. Durch den im „Wiener Entwurf" bestimmten Wahlmodus sollte nämlich das künftig zu wählende Direktorium aus 5 Mitgliedern bestehen, dem Kaiser von Oesterreich, König von Preußen, **König von Bayern** und zwei der zum 8., 9. und 10. Bundesarmeekorps gehörenden Souveräne. „Letztere beide Direktorialmitglieder" — so heißt es im Entwurf[1]) — „werden in der Weise gewählt, daß diejenigen Regierungen, welche nicht eines der genannten drei Armeekorps aufstellen, ein Direktorialmitglied für eine Periode von 6 oder nach Umständen von 3 Jahren wählen und abwechselnd in jedem dritten Jahre eines dieser Korps im Direktorium ruht."

Mit Bezug auf die Frage des Direktoriums ist die Aeußerung des Königs von Würtemberg, welche dieser seinem in Frankfurt weilenden Sohn in einem bei den Teilnehmern bald bekannt gewordenen Briefe stipulierte, nicht auszulassen. Der Brief, den ich Hassels Werke „König Albert als Kronprinz"[2]) entnehme, lautet:

[1]) Beust, I., 330.

[2]) Hassel, II., 142.

„Ich habe gewiß keinen großen Wert darauf gelegt, da mir nur noch einige Tage zu leben beschieden sind (Im 83. Lebensjahre starb der König am 25. Juni 1864), sondern ich wollte dem Lande nur beweisen, daß jedes Mittel angewandt worden, um zu unserm Rechte zu gelangen. Die Bevorzugung Bayerns ist ein grobes Unrecht gegen die andern Könige, aber unter den gegebenen Umständen mußten wir nachgeben. Schließlich muß ich bemerken, daß hier die allgemeine Meinung sehr wenig von Frankfurt und seiner Verfassung erwartet."

Dieser Brief spricht genug für sich selbst. Daß es mit der „großen Kette deutscher Macht und Herrlichkeit" nicht allzuweit her war, sagte auch Ernst II.[1]), wenn er schreibt, daß die hohe Gesellschaft, welche in Frankfurt vereinigt war, äußerlich mehr Uebereinstimmung zeigte, als innerlich vorhanden war und daß der aufmerksame Beobachter vom ersten Moment an die Parteien unterschied, welche unter den Fürsten bestanden. Um noch einen aus dem Volke zu hören, seien hier einige Worte Dr. Moritz Busch's über die Frage des Direktoriums wiedergegeben[2]): Tatsächlich sind die deutschen Staatsregierungen unter die Oberhoheit des Direktoriums gestellt, und da dasselbe nur drei feste Mitglieder hat, Oesterreich, Preußen und Bayern, während die 2 übrigen periodisch aus Wahlen der übrigen Regierungen hervorgehen, so ist der feste Schwerpunkt der Exekutive in die drei Staaten Oesterreich, Preußen und Bayern gelegt. Da die Entscheidung im Direktorium nach Stimmenmehrheit erfolgt, so ruht bei 5 Stimmen die Entscheidung in allen Fällen, wo Preußen und Oesterreich verschiedenes Interesse haben, auf den beiden Wahlstimmen. Die Politik

[1]) Ernst, II., 305.

[2]) Grenzboten, 1863. III./IV.

Deutschlands würde also — der Form nach — in der Regel durch diese bestimmt werden. Es ist leicht zu ermessen, daß solche Organisation in der Praxis verhängnisvoll werden muß, und daß nicht nur Preußen, sondern das gesammte Deutschland bis zum Main die Aussicht hat, durch Oesterreich und den südlich vom Main gelegenen Bruchteil Deutschlands regiert zu werden."

Ein so komplizierter Mechanismus mußte selbstredend die zur Unterordnung verurteilten Fürsten stark verstimmen. Und wie solch ein 5-köpfiger Regent eine Staatskarosse in Bewegung setzen und lenken sollte, kam überhaupt gar nicht einmal zur Erörterung. Neben dem Direktorium des „Wiener Entwurfs" stand als ein eigentümliches Mitglied ein begutachtender Bundesrat, dessen Kompetenz beschränkt sein sollte und der dazu sein schien, die Interessen der Regierungen in der Bundesgesetzgebung zu vertreten. Ganz unannehmbar war die geplante Volksvertretung am Bunde, deren Kompetenz klar und genau präzisiert war. Von 300 Stimmen einer Delegiertenversammlung, welche zu 2 Dritteilen aus der zweiten Kammer, zu einem Dritteil aus der ersten Kammer gewählt werden sollte, sollte Preußen und Oesterreich jedes mit 75 vertreten sein, Bayern 27 u.s.w. entsenden. Auch hier war Oesterreich und Bayern gegen Preußen stark bevorzugt, die Modalität der Wahl für Preußen auch ganz unausführbar. Die unklarste Seite des Wiener Entwurfs aber war eine vierte Versammlung, welche dem Direktorium, dem Bundesrat und der Bundesvertretung angehängt werden sollte, eine periodisch wiederkehrende Versammlung der Fürsten und Magistrate der freien Städte mit überhaupt ganz unbestimmter Kompetenz. Bei dieser poetischen Schöpfung mögen dem genialen kaiserlichen Politiker die mittelalterlichen Fürstenversammlungen des heiligen römischen Reiches als Schema vorgeschwebt haben. Auch

hier ist der Zweck doch nicht verkennbar. Die deutschen Fürsten sollten sich wahrscheinlich daran gewöhnen, als „Pairs“ mit ihrem „Kaiser“ in großem Zermoniell und vertraulicher Besprechung zusammenzuleben. So war jetzt schon gleich bei Anfang des Tages der Totaleindruck des ganzen Reformplanes doch der einer abenteuerlichen Bildung und selbst in der Phantasie schon für ganz Deutschland unannehmbar! Nach längerem Hin und Her machte der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit Bezug auf die eingangs gehaltenen Reden nochmals darauf aufmerksam, daß das Fehlen des Königs von Preußen doch eine sehr mißliche Sache sei und brachte nunmehr den Antrag ein

„Die Versammlung möge eine schriftliche Einladung an den König von Preußen zur Teilnahme an ihrer Verhandlungen erlassen“.

Von Seiten des Großherzogs von Baden wurde dieser Antrag mit der Bemerkung unterstützt, daß es für seinen Schwiegervater, den König von Preußen, doch immerhin recht schwierig sein würde, zu einem Entschlusse zu gelangen, da auch seine Minister augenblicklich nicht in seiner Nähe wären. Er müsse doch in einer so einschneidenden Frage sich mit denselben beraten; denn eine entscheidende Antwort sei ohne eine Rücksprache mit den Ministern nicht zu erwarten. Hierauf erwiderte der König von Hannover, daß ihm die Befragung der Minister vollkommen überflüssig erscheine, da ja König Wilhelm Herr seines Willens sei und er — der König von Hannover — auch keinen seiner Minister befragt habe[1]). Weiter bemerkte er, daß sein Erscheinen im Kongresse eine „einfache Sache der Kourtoisie“ sei. Wenn der Kaiser von Oesterreich eine Einladung zu einer Fürstenversammlung ergehen lasse, so müsse man schon aus purer Höflichkeit derselben Folge leisten „ohne alle Rücksicht

[1]) Duckwitz, 152.

auf den Grund"; man dürfe aber ja nicht daraus schließen, daß man denselben Zweck verfolge[1]). Nun schlug König Johann von Sachsen, vom Bayernkönig eifrig unterstützt, vor, durch eine Deputation von Fürsten dem Könige von Preußen eine schriftliche Einladung überreichen zu lassen, wobei man bemerken müsse, daß die Fürsten in der vom Kaiser von Oesterreich vorgelegten Reformakte eine entsprechende Basis ihrer Beratungen erblickten und auch ohne des Königs Erscheinen den Kongreß fortsetzen würden. Sofort machten sich gegen diesen doch etwas starken Antrag lebhafter Widerspruch der Preußen befreundeten Fürsten geltend. Die Vernünftigsten legten ernsthaft ihre schwerwiegenden Bedenken der Versammlung auseinander. Jedermann war es nunmehr klar, daß sich die hohe Vereinigung bereits in zwei Lager zu spalten im Begriffe sei. Nach langwieriger Debatte wurde der Antrag des Mecklenburgers unter Voraussetzung folgender Bedingungen angenommen:

1. Die Versammlung erkennt in der österreichischen Vorlage eine geeignete feste Unterlage und

2. man habe beschlossen, sich durch das Nichterscheinen des Königs auf die Einladung hin nicht an der Fortsetzung der Verhandlungen auf jener Basis (auf Wunsch eines Fürsten setzte man hier statt „Basis" das Wort „Grundlage"[2]) hindern zu lassen.

Hierauf erklärte sich König Johann von Sachsen bereit, ein im Sinne dieser Bedingungen gehaltenes Schreiben an König Wilhelm zu verfassen und dasselbe persönlich demselben zu überbringen. Verabredungsgemäß schien man den Vorschlag der Fürstendeputation ganz ausgeschaltet zu haben. Das Richtigste wäre gewesen, da König Wilhelm sich inzwischen nach Baden be-

---

[1]) Ernst, II., 305.

[2]) Duckwitz, 154.

geben hatte, entweder den Großherzog von Baden, oder aber einen mit Preußen befreundeteren Fürsten zu Wilhelm zu senden, welche den König vielleicht eher zum Erscheinen in Frankfurt bestimmt hätten. Schon am Nachmittage des 17. August verlas Johann folgendes, selbst verfaßtes Schreiben, welches Ernst II.[1]) mit Recht „eines der unglücklichsten Produkte der diplomatischen Kunst“ nennt:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Fürst!

Die auf Einladung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich zur Beratung einer Bundesreform allhier versammelten deutschen Fürsten und freien Städte haben es schmerzlich empfunden, Ew. Majestät nicht in ihrer Mitte zu begrüßen. Nach Kenntnisnahme der von Sr. Majestät dem Kaiser uns mitgeteilten Vorschläge haben wir in denselben allseitig eine geeignete Grundlage für unsere Verhandlungen erkannt, deren Resultat jedenfalls zur Einholung Allerhöchst Ihrer bundesverfassungsmäßigen Zustimmung vorlegen würden. Wir hegen aber den Wunsch, daß Ew. Majestät, welche berufen sind, in so hervorragender Weise an den Erfolgen unserer Bemühungen Teil zu haben, auch schon an unseren Beratungen sich beteiligen möchten, damit das große Werk, dessen Notwendigkeit Ew. Majestät ja selbst anerkannt haben, um so leichter und sicherer zum Ziele geführt werden möge, und wenden uns daher im Vertrauen auf Allerhöchst Ihre bewährten bundesfreundlichen Gesinnungen an Ew. Majestät mit der dringenden Bitte, daß Allerhöchst Sie noch jetzt in unserer Mitte erscheinen möchten. Der mitunterzeichnete König von Sachsen hat es übernommen, Ew. Majestät dieses Schreiben in unser aller Namen zu überbringen und unsern Wünschen noch mündlich Worte zu leihen. Empfangen Ew. Majestät den angelegentlichsten Ausdruck unser bundesfreundlichen Gesinnungen.“

[1]) Ernst, II., 312/313.

Keinem der Fürsten war es möglich, irgendwelchen Einfluß auf Abänderung des Schreibens geltend zu machen. Man hatte nur die Wahl, zu unterschreiben oder seine Unterschrift zu verweigern, welch' letzterer Fall wohl für keinen der Teilnehmer in Betracht fiel. In den fest zu Preußen stehenden Kreisen konnte man sich der Befürchtung nicht entäußern, daß König Wilhelm dieser Art der Einladung wiederum sein kategorisches „Nein" entgegensetzen würde. Man war aber auch allgemein der Ansicht, daß man die Stadt schon der Oeffentlichkeit willen ohne irgend ein positives Resultat nicht verlassen dürfe. Die unleugbare Erfahrung, daß alle bisherigen Versuche zur Einigung Deutschlands Schiffbruch gelitten hatten, erfüllte einige Fürsten mit der bangen Ahnung, daß dieser abermalige Versuch kein anderes Ergebnis zeitigen werde, als die früheren. Hilfe erheischend, sah man sich sehnend nach Preußen um, man brauchte jetzt schon Preußens Macht, um sie gegen Oesterreich in die Wagschale werfen zu können. Voll Verzweiflung hatten der König von Hannover mit Bezug auf die Frage des Direktoriums ausgerufen: „Will uns den Oesterreich kaput machen?"[1]) Am 19. August unternahm König Johann seine selbstgewählte Mission, die Versammlung vertagte sich bis zu seiner Rückkehr.

[1]) Friedjung, I., 58 ff.

IV.

Das sächsische Intermezzo.

König Wilhelm hatte am 15. August Gastein verlassen und war über Salzburg am 18. in München eingetroffen, um hier mit der aus den Alpen kommenden Königin Marie von Bayern, einer preußischen Prinzessin, zusammenzutreffen. In Nymphenburg bei München versuchte Königin Marie ihren Onkel durch Aufbietung all' ihrer Beredsamkeit zum Erscheinen in Frankfurt zu bewegen. Wilhelm blieb standhaft bei der Ablehnung. Nun faßte der jedenfalls telegraphisch benachrichtigte König Max den abenteuerlichen Plan, persönlich nach München zu reisen oder — wenn Wilhelm weiterreisen sollte — ihn in Pforzheim zu überfallen. Die Königin Marie erhielt die telegraphische Weisung, alles daran zu setzen, den König noch einen Tag in München festzuhalten, jedoch auch Wilhelm wurde durch den Großherzog von Baden von König Max' Absichten benachrichtigt. Das Gefolge wurde von Bismarck mit den nötigen Instruktionen versehen; aber das Schicksal selbst vereitelte den Plan des Bayernkönigs. Ein furchtbares Unwetter zerstörte die telegraphischen Leitungen nach Frankfurt, und aus diesem Grunde traf König Max seinen Bundesgenossen weder in München noch in Pforzheim rechtzeitig an, und letzterer konnte seine Reise unbehelligt fortsetzen. In Wildbad besuchte König Wilhelm seine Schwägerin, die Königin Witwe Elisabeth, welche natürlich auch versuchte, den königlichen Schwager umzustimmen. Sie unterstützte der vom

Großherzog von Mecklenburg nach Wildbad entsandte Flügeladjutant, der in einem Briefe seines Herrn flehentlichste Bitte überbrachte, nach Frankfurt zu kommen. Nun steckte sich die Königin noch hinter Bismarck, der kalt erwiderte, er sei bereit, den König nach Frankfurt als sein Schreiber zu begleiten und dort seine Geschäfte zu erledigen, nun und nimmermehr aber wieder nach Berlin als Ministerpräsident zurückzukehren[1]). Diese energische Resolution Bismarcks mag denn auch die Königin dazu veranlaßt haben, den König nunmehr mit der Frankfurter Angelegenheit nicht weiter zu behelligen. Nach einem Aufenthalte von 2 Tagen fuhr man nach Baden-Baden weiter, wo König Wilhelm von seiner Gemahlin, der Königin Augusta, erwartet wurde. Hohenlohe erzählt in seinen Aufzeichnungen[2]), daß kurz vor Baden dem königlichen Wagen ein anderer entgegenkam, dessen Insassen Königin Augusta und der inzwischen in Baden eingetroffene Sachsenkönig Johann waren. In Gernsbach wurde der König durch einen Lakai in dunkler Nacht in den Wagen der Königin gebeten. Verdutzt sah Bismarck Hohenlohe an, er wußte, daß „etwas passieren" würde und verbrachte eine unruhige Nacht.

König Wilhelm war über den Besuch des alten Königs Johann nicht sehr erbaut. Verdrießlich soll er ausgerufen haben: „Hätte man mir wenigstens meinen Schwiegersohn geschickt, dem würde ich den Kopf gewaschen haben, aber nun schickt man mir den ehrwürdigen Sachsenkönig!"[3]) Diesen Sachsenkönig fürchtete Bismarck; denn er sah in ihm auch den, für die schwierige Aufgabe, seinen Herrn umzustimmen, für persönlich Berufensten, da König Wilhelm ihn

---

[1]) Bismarck, XVII., (369) und auch Hohenlohe I., 355.

[2]) Hohenlohe, II., 353.

[3]) Beust, I., 333.

liebte und verehrte[1]). In Begleitung König Johanns befand sich der Staatsminister Frhr. von Beust, der uns von seiner Unterredung mit Bismarck folgendes Bild gibt[2]): „Es war schon spät am Tage und Bismarck bat mich, an seinem Abendessen teilzunehmen. Seine ersten Worte waren: „Sie kommen, um uns ins Verderben zu reißen, — — wird Ihnen nicht gelingen" —. „Ich begreife nicht," entgegnete ich, „wenn Ihr König morgen nach Frankfurt geht, sich in der Versammlung einfindet, die Fürsten mit herzlichen Worten begrüßt mit der Erklärung, er sei bereit, sich an ihren Beratungen zu beteiligen, da er aber eben erst zwei ernste Kuren gebraucht habe, müsse er um Aufschub bitten und werde einige Wochen später sich gerne einfinden; wenn," sagte ich, „Ihr König das tut, so verläßt der Kongreß Frankfurt am nächsten Tag", worauf Bismarck erwiderte: „Was Sie da sagen, ist möglich — sehr möglich, aber nicht gewiß!"

Ich meine, daß aus dieser Darstellung, die — da über die Verhandlungen der Könige nicht das Geringste verlautete — die einzig ernst zu nehmende ist, da auch Hohenlohe sie im wesentlichen bestätigt, zur Genüge erhellt, wie skeptisch Bismarck einem Resultate des Fürstentages gegenüberstand, wie er das Fiasko desselben deutlich voraussah, und wie er seinen König vor der Teilnahme an dieser Blamage behüten wollte. Am Morgen des 20. August wurde Hohenlohe vom König zu Bismarck gesandt und fand ihn um neun Uhr früh noch im Bett. Besorgt befragte er den Minister nach seiner Gesundheit und erhielt als Antwort[3]): „Nein, krank bin ich nicht, aber der Kopf brummt mir. Dieser verdammte Kerl, der Beust, hat gestern immer-

[1]) Bismarck, 340.
[2]) Beust, I., 332.
[3]) Hohenlohe, II., 354.

zu mit mir verhandelt. Als er mich nicht überreden konnte, da hat er versucht, mich mit Biertrinken zu zwingen. Aber da kam er an den Rechten, auch da bin ich ihm noch über!“

Am Abend des 20. August waren die beiden Könige mit der Königin Augusta ohne jedes Gefolge bei der Großherzogin von Baden zum Tee gebeten. König Johann hatte beide Damen vor der Ankunft Königs Wilhelm durch Entwicklung der Folgen einer eventuellen Weigerung in eine unglaubliche Aufregung und Furcht versetzt. Der Bruderkrieg in Deutschland schwebte Beiden als drohendes Schreckgespenst vor Augen. Bei seinen jetzigen Versuchen, den König zur Reise nach Frankfurt zu bewegen, hatte er in dessen Gemahlin und Tochter zwei tüchtige Sekundanten. Er erklärte denn auch dem Könige, ihn wie einen Bruder zu lieben und ihn vor dem sicheren Verderben zu retten, dem er entgegengehe, wenn er sich weigere, nach Frankfurt zu gehen[1]). Sämtliche Freunde Preußens hatten Wilhelm schriftlich ersucht, zu kommen und zu helfen. Hierzu kam noch, daß Gattin und Tochter den König in ihrer Angst vor dem Untergange des Vaterlandes flehentlich baten und bestürmten, doch nachzugeben. Der durch die Kuren stark angegriffene König mag nun in einer Gefühlswallung seine Begleitung nach Frankfurt zugesagt haben, denn triumphierend bestellte König Johann für den nächsten Morgen früh sechs Uhr den Extrazug, welcher beide Monarchen nach Frankfurt bringen sollte. Jetzt zog sich König Wilhelm anscheinend krank in seine Wohnung zurück, und nach der Konsultation des Leibarztes wurde Bismarck gerufen. Nur Bismarcks Energie ist das endgiltige Verharren Wilhelms auf seinem ablehnenden Standpunkt zuzuschreiben. Denn,

[1]) Hohenlohe, II., 354/55.

wie bereits oben bemerkt, ist anzunehmen, daß der König sich scheinbar schon hatte umstimmen lassen. Er geriet mit seinem Minister hart aneinander: „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinettskurier, wie kann man da ablehnen?" ist sein bekannter Ausruf[1]), worauf Bismarck erwidert haben soll, daß er sich dann des Landesverrats schuldig wisse, wenn er den König mitfahren ließe, da er sicher sei, daß dieser Schritt zu Preußens Verderben führe[2]). Durch die Einsetzung der ganzen Macht seiner Persönlichkeit gelang es ihm, er hat es durchzusetzen vermocht, daß der König ablehnte. Nach zweistündigem Kampfe in später Nachtstunde erhielt Bismarck des Königs Unterschrift unter die endgiltige, ablehnende Antwort auf die von sämtlichen Fürsten unterzeichnete Einladung zum Fürstentage. Sowohl der König, wie auch Bismarck waren durch den anspannenden Disput in Nervosität verfallen, und als Bismarck dem Freiherrn von Beust das Ablehnungsschreiben in später Nacht (½12 Uhr) überbrachte, trug sein Antlitz noch den Stempel der Erregung[3]). Bismarck teilte Herrn von Beust den Inhalt des überbrachten Schreibens mit, worauf dieser erwiderte, nunmehr den für morgen bestellten Extrazug nach Frankfurt wieder abbestellen zu wollen, da König Johann Baden ohne König Wilhelm nicht verlassen werde. Da soll Bismarck, so berichtet Hohenlohe[4]), dem Freiherrn v. Beust erklärt haben: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß, wenn morgen früh sechs Uhr der Extrazug mit dem König Johann nicht abgefahren ist, dann ist um 8 Uhr ein Bataillon Preußen aus Rastatt in Baden, und ehe mein König aus dem Bett aufsteht, ist

1) Sybel, 532 und Bismarck, 340.

2) Hohenlohe, II., 355.

3) Beust, I., 332; Sybel, II, 532; Bismarck, 341.

4) Hohenlohe II., 355.

sein Haus durch Truppen besetzt, die keinen andern Auftrag haben, als keinen Sachsen mehr hereinzulassen."

Als Beust hierauf einwarf, Preußen habe kein Recht, Truppen im Frieden nach Baden einrücken zu lassen und die Worte „Bundesbruch und Friedensbruch" fallen ließ, antwortete Bismarck in höchster Erregung:

„Bundesbruch und Friedensbruch sind mir ganz gleichgiltig. Wichtiger ist mir das Wohl meines Königs und Herrn. Heute habt Ihr ihn schon krank gemacht. Morgen soll er Ruhe haben. Einen König habt Ihr uns in Wien und Dresden schon ruiniert. Daß Ihr uns den zweiten nicht auch zugrunde richtet, dafür stehe ich, solange ich Ministerpräsident bin, und wenn es nötig ist, mit meinem Kopf."

Beust berichtet nichts von dieser diplomatischen Abfuhr, überhaupt sind diese oben geschilderten Ereignisse unserer Geschichtsschreibung bis heute noch unbekannt geblieben. Man kann jedoch Hohenlohe unbedingt glauben, und jetzt erst muß Bismarcks Tatkraft und Diplomatenkunst der Geschichte in weit hellerem Lichte erscheinen. Ohne Vorwissen seines Königs hatte er ein Va banque - Spiel gespielt und dank seiner großen Energie gewonnen. Gerade an diesem Abend hat Bismarck sein größtes Meisterstück vollbracht, ich möchte sogar sagen, daß er schon jetzt auf dem Höhepunkt seiner staatsmännischen Kraft stand. Nach Hohenlohes Auffassung war „an diesem Abend der große Staatsmann am größten."[1])

Nach Beusts Mitteilungen brachte der Extrazug ihn und König Johann noch in derselben Nacht nach Frankfurt zurück, ohne daß von sächsischer Seite ein zweiter Versuch gemacht worden war, den König zum Erscheinen in Frankfurt zu bestimmen. Am andern Morgen traf Hohenlohe

[1]) Hohenlohe, II., 355.

seinen König in sehr leidendem Zustande bei einer Tasse Kaffee. Der König fragte, ob der Sachse abgereist sei, was Hohenlohe vermutete und bejahte. Auf eine Frage Hohenlohes nach dem Befinden äußerte der König, die ganze Nacht nicht geruht zu haben, da der Gedanke, sich mit all' seinen Standesgenossen, Vettern, Neffen und Freunden verfeindet zu haben, ihn nicht habe schlafen lassen. Auch dies ist ein Zeichen dafür, wie schwer es Bismarck gewesen, den König auf seinem Standpunkt zu halten, und auch dafür, daß nur er einzig und allein Herr der Situation war und imstande war, diese Situation vollkommen zu überblicken.

V.

Fortgang und Schluß der Verhandlungen.

Preußens nochmalige Ablehnung machte nunmehr bei den Fürsten dringend den Wunsch rege, jetzt so schnell als möglich zu irgend einem Schlusse zu gelangen, wenn man auch in den Kreisen der anwesenden Minister glaubte, Preußens „Eigensinn“ — so nannte man spöttisch die Bismarcksche Politik — weniger schlimm ansehen zu dürfen. Immerhin war durch das Fehlen Preußens der Zauber des Eröffnungstages ziemlich geschwunden. Die durch die Abwesenheit König Johanns entstandene Pause hatte Kaiser Franz Josef dazu benutzt, durch den Grafen Rechberg ein Promemoria ausarbeiten zu lassen mit dem uneigennützigen Vorschlage, die Fürsten mögen die Hauptpunkte der Vorlage ohne Durchberatung definitiv annehmen. Bevor ich auf diese Denkschrift des Näheren eingehe, scheint es angezeigt, zur Charakteristik der kaiserlichen Politik Preußen gegenüber Folgendes hier einzuschalten: Duckwitz[1]) erzählt, er habe anläßlich einer der vorbereitenden Sitzungen — solche Sitzungen fanden täglich in Menge statt — während der Verhandlungspause auf die Ansprache des Kaisers, die Frage hingeworfen, ob Majestät nicht bereit sei, dem Könige von Preußen irgend etwas anzubieten, vielleicht ein Veto in besonders wichtigen, näher zu bestimmenden Fragen, oder ob man bezüglich der Gleichstellung Preußens

[1]) Duckwitz, 154.

mit Oesterreich nicht etwas tun könne. Der Kaiser habe hierauf teils ablehnend, teils ausweichend geantwortet, und gerade hierin sehe ich die Wurzel des kommenden Fiaskos. Ernst II. behauptet[1]) zwar, nicht der Kaiser, der sich mit Preußen um jeden Preis auseinanderzusetzen und selbst Opfer zu bringen gewillt war, sondern des Kaisers Räte seien für die halsstarrige Politik Oesterreichs zu belasten, ich glaube aber mehr, daß der Kaiser eben dem Herzog gegenüber eine zweifelhafte Rolle gespielt hat, weil er ihn sicher für gutpreußisch gesinnt hielt und halten mußte. Bekanntlich erklärte Preußen Ende September, daß es nicht abgeneigt sei, jetzt in eine Unterhandlung zu treten, wenn man ihm in gewissen Fällen ein Veto, besonders jedoch das Alternat im Vorsitze einräumen wolle.

Die dritte Sitzung des Fürstentages fand am 22. August statt und wurde durch die Berichterstattung König Johanns über die Badener Reise und die Verlesung des Ablehnungsschreibens des Königs von Preußen ausgefüllt. Zwischen der zweiten und dritten Sitzung war das Promemoria des Grafen Rechberg erschienen, aus welchem ich den wichtigsten Teil (Ernst II. Memoiren[2]) entnehme:

„Wie in der erwähnten Sitzung von mehreren hohen Teilnehmern ausdrücklich hervorgehoben wurde, wollte mit der Annahme des gedachten Entwurfs als einer geeigneten Beratungsgrundlage nicht etwa auch schon die Genehmigung der einzelnen Bestimmungen desselben ausgesprochen werden. Se. Majestät der Kaiser geben Sich hiervon volle Rechenschaft, hoffen Sich aber andrerseits mit der Auffassung Allerhöchst Ihrer Bundesgenossen zu begegnen, wenn Sie glauben, aus der Tatsache der allseitig bekundeten Geneigtheit, das Reformwerk auf der

[1]) Ernst, II., 318.
[2]) Ernst, II., 316.

Basis jenes Entwurfs zustande zu bringen, eine doppelte Folgerung ableiten zu können. Einmal scheint nämlich Sr. Majestät die Voraussetzung gerechtfertigt zu sein, daß die Bedenken, welche etwa gegen einzelne Vorschläge des Entwurfs von der einen oder andern Seite gehegt werden sollten, sich nicht gegen das System und die leitenden Gedanken, auf welchen seine Konstruktion beruht, richten, somit auch nicht Anlaß zu solchen Aenderungsanträgen bieten könnten, die den Entwurf in seinen wesentlichen Teilen und dem notwendigen Zusammenhange seiner wichtigen Verfügungen alterieren würden. Zweitens halten Se. Majestät Sich überzeugt, daß, wenn eine allseitige Einigung über Abänderungen des Entwurfs nicht erreicht werden könnte, die Annahme des letzteren, selbst in seiner unveränderten Fassung, der erhabenen Versammlung jedenfalls erwünschter sein würde, als ein Zersplittern und Auseinandergehen der Meinungen und ein resultatloses Ende der Verhandlungen."

Daß Rechberg mit diesen Zumutungen einen großen Teil der Fürsten vor den Kopf gestoßen hatte, war selbstverständlich, und Baden hatte durch seinen Minister von Roggenbach eine energische Zurückweisung der österreichischen Praeoccupierungsgelüste in einer an alle Mächte verteilten Note gefordert. Diese Note, welche Frhr. v. Beust drei Tage später in spitzfindiger Schärfe beantworten zu müssen geglaubt hatte, war die Ursache eines heftigen Feindseligkeitsausbruchs zwischen Baden und Sachsen. Aus kleinlichen Gründen versuchte nun der Großherzog von Baden durch formelle Einwendungen und Fragen den Entwicklungsgang der Verhandlungen zum Stocken zu bringen, so daß Franz Josef bei der ohnehin mühseligen Arbeit der Leitung der Verhandlungsdebatte seine Stellung ungewöhnlich erschwert wurde.

In der nächsten (vierten) Sitzung des Fürstentages sollten die das Direktorium, den Vorsitz im Direktorium und den Bundesrat betreffenden Artikel 3, 5 und 6 der Reformakte verhandelt werden. Die Sitzung fand am Montag, den 24. August, statt. Der Sonntag vorher war wieder Gegenstand einer Menge Vorbesprechungen gewesen, wobei die nötigen Streitigkeiten zwischen den hohen Herren wieder an der Tagesordnung standen. Die Außenwelt erfuhr natürlich von dem Zwiespalt im Fürstentage so gut wie garnichts. Man gab sich vor derselben den Anschein, als ob sich der Kongreß durch Preußens Haltung nicht irretieren ließe. Morgens 11 Uhr überreichte der Großherzog von Baden dem die Sitzung eröffnenden Kaiser eine Denkschrift seines Ministers von Roggenbach, die einen in unglaublicher Gewandtheit und Schnelligkeit fixierten Protest gegen die unzulängliche Protokollführung und eine Kritik der ersten 3 Sitzungen enthielt. Ernst II.[1]) berichtet hierüber wörtlich: „Der Friede und die Eintracht, welche dem zu bildenden deutschen Direktorium so dringend zu wünschen gewesen wären, schwebte zunächst noch nicht über den Häuptern der Fürsten, die im Begriffe waren, 5, 7 oder 9 Mitglieder mit den höchsten Gewalten auszurüsten. Die hohen Herren eröffneten ein gewaltiges Kreuzfeuer zum Schutze ihrer souveränen Positionen, von welchem auch kein Titelchen im Bundesdirektorium unvertreten sein sollte. Der König von Hannover hatte ein so feines System von Wahlmodalitäten zur Einführung des fünften oder siebten Bundesdirektors ersonnen, daß er dadurch eine große Menge gereizter Einwendungen hervorrief. Der König von Sachsen stellte seinerseits den Reformentwurf des österreichischen Kabinetts einen Direktorialantrag entgegen, nach welchem sechs Bundesmitglieder die höchsten Rechte auszuüben hatten."

[1]) Ernst, II., 323.

Endlich gelangte man zur Beratung über den Artikel betreffend Vorsitz im Direktorium und Bundesrate. Von österreichischer Seite schien man sich zu dem kühnen Entschlusse durchgerungen zu haben, durch ein später wiedergegebenes Diplomatenkunststück die ganze Frage vorläufig auszuschalten. Denn bei der Umfrage des Kaisers stellte König Johann den Antrag:

„Die Beratung des Alinea I, wo der Vorsitz im Direktorium und Bundesrat Oesterreich und nur die Stellvertretung Preußen zuerkannt wird, auszusetzen[1]).“

Nach Annahme eines sechsten Artikels wurde die Sitzung auf den nächsten Tag vertagt.

In der nächsten Sitzung, welche am 26. August stattfand, versuchten die Fürsten zur Wahrung der Rechte ihrer eigenen Staaten eine tendenziöse Stimmung in den Fürstentag hineinzutragen. In fast unglaublicher Weise hatten sich einzelne Herren in staatsrechtlicher Prinzipienfragen verannt, so daß eine regelrechte Debatte unmöglich geworden war. Ueber den „Grundvertrag des deutschen Bundes“ und „Verfassung des deutschen Bundes“ erschienen staatsrechtliche Arbeiten, die weiter nichts als Wortklaubereien die ganze Beratung hemmten. Obwohl Kaiser Franz Josef häufig zur Ruhe und Frieden und zur Nachgiebigkeit aufforderte, verhallten seine Ermahnungen ungehört.

Es würde zu weit führen, ein weitgehenderes Bild dieser ermüdenden Verhandlungen zu geben und deshalb beschränke ich mich darauf, hier noch eine kleine Fälschung zu illustrieren, welche kurz vor Schluß der Verhandlungen der österreichische Minister Rechberg zwecks Erledigung der Frage des Vorsitz im Direktorium vorgenommen hat.

Herzog Ernst[2]) berichtet darüber: „Das österreichische

[1]) Ernst, II., 327.

[2]) Ernst, II., 334.

Kabinett hatte während des Sonntags, am 30. August, eine „Zusammenstellung der von der Konferenz der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands teils mit Stimmeneinhelligkeit, teils in überwiegender Stimmenmehrheit **genehmigten** Bestimmungen des Entwurfs einer Reformakte ausgearbeitet und zur Verteilung bringen lassen. Montag in früher Morgenstunde wurde ich geweckt und Minister von Seebach überbrachte das Aktenstück, in welchem zu meinem nicht geringen Entsetzen Artikel 5, Alinea 1, nach welchem der Vorsitz im Direktorium Oesterreich unbedingt übertragen war, unter den von der Konferenz als angenommen bezeichneten Bestimmungen ohne weiteres mit angeführt wurde. Obwohl das Alinea ausdrücklich ausgeschlossen war, nahm der revidierte Entwurf dasselbe wieder auf. Man kann sich leicht denken, welche Entrüstung hierüber unter vielen der fürstlichen Mitglieder des Kongresses entstand. Der Minister von Seebach war sofort in das Bundespalais geeilt, um dort zu reklamieren, und während ich selbst unschlüssig war, was in dieser Lage zu machen wäre, erschien schon der König von Sachsen bei mir und bat mich dringend, bei den übrigen Fürsten, die sich in großer Erregung befänden, herumzufahren, und sie zu beruhigen. Der König von Sachsen selbst aber vermochte nur schwer seine eigene Bestürzung zu bemeistern."

Angesichts der Drohung der Fürsten, den Kongreß sofort zu verlassen, versuchte Oesterreich den begangenen dolus durch eine zweite Fälschung zu vertuschen, indem es sofort nach Reklamation des Herrn von Seebach eine das falsche Datum des 30. August tragende Note veröffentlichte, die der Zusammenstellung quasi als Nachtrag beizugeben „vergessen" worden war:

„In Bezug auf die heute verteilte „Zusammenstellung" wird erläuternd bemerkt, daß in diese Gesamtübersicht,

deren Verteilung vor der morgigen Schlußabstimmung dringend gewünscht wurde, das Alinea 1 des Artikels 5 selbstverständlich ohne Präjudiz für die erst morgen darüber stattfindende Beratung aufgenommen wurde. **30.** August 1863."

Da die nächstfolgende Sitzung am 1. September anberaumt war, ist das „morgen" in der Note doch der beste Beweis dafür, daß die Note erst am 31. August ausgefertigt worden ist, was jedenfalls in der Rage dem sonst so gewiegten Diplomaten Graf Rechberg entgangen ist. Fast alle Fürsten waren durch diese „Mystifikation" in gewaltigem Zorn entbrannt und man glaubte allgemein, daß das Ende des Fürstentages ein Scheitern des ganzen Planes bringen werde. Kaiser Franz Josef versuchte jedoch am 31. August bei einem glänzenden Diner wieder den alten Geist in die Versammlung zu bringen, was ja schließlich zur Wahrung des Dekorums gelingen mußte. Charakteristisch ist noch eine Aeußerung Ernst II. auf des Kaisers naive Anfrage wegen eines baldigen Wiederzusammentrittes der Fürsten in Frankfurt[1]): „Ich fürchte sehr, die deutschen Fürsten sehen sich nicht wieder in Freundschaft versammelt, sondern nur mit dem Degen in der Hand."

So war ungefähr die Stimmung in dem erlauchten Kreise, als die Fürsten am 1. September 1863 zur letzten Sitzung, zur Schlußabstimmung zusammentraten. Die Sitzung begann bereits um 10 Uhr früh, und der Kaiser kündigte die Beratung über Artikel 5, Alinea 1, an, wobei er bemerkte, den Saal verlassen zu wollen, und dem König von Bayern das Präsidium übergab. Bevor er sich jedoch entfernte, konnte er nicht umhin in feierlichen Worten den Fürsten Oesterreichs Rechte aus das Bundespräsidium in

[1]) Ernst, I., 336.

Erinnerung zu rufen und die Bitte auszusprechen, den vorliegenden Entwurf doch ohne Abänderung zu genehmigen.

Nachdem der Kaiser sich herausbegeben hatte, sprach auf die Aufforderung des Vizepräsidenten zunächst der König von Sachsen sich für die Annahme des Entwurfs aus. Auch König Georg von Hannover und der Kronprinz von Württemberg sprachen pro, während der Großherzog von Baden den kontradiktorischen Antrag stellte, die Bestimmung über die Präsidialfrage ganz aus dem Entwurfe zu streichen. Der Großherzog von Oldenburg, der von Weimar und der Fürst von Waldeck verlangten die Aussetzung der Beratung dieser Frage bis auf weiteres, wofür jedoch König Johann eine geeignete Formel nicht finden zu können vorgab. Herzog Ernst[1]) von Koburg Gotha gab nun folgende Erklärung zu Protokoll: „Ich stimme für Beibehaltung der Fassung, unter der Voraussetzung, daß damit künftigen Verhandlungen in keiner Weise vorgegriffen werde.“

Man schritt nunmehr zur Abstimmung. Für die Annahme entschieden sich sämtliche Teilnehmer mit Ausnahme der für die Offenhaltung der Frage stimmenden Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Prinz der Niederlande, Fürst von Waldeck und Hamburg. Baden stand mit seiner Forderung der Streichung des Alinea ganz isoliert da. Nunmehr verkündete König Max dem wieder eintretenden Kaiser voller Freude seinen Sieg. Der Kaiser übernahm in augenfälliger Rührung seinen Vorsitz und bald waren die Vorbereitungen zu Ende geführt, sodaß man nunmehr gegen 1 Uhr zur Stellung der Schlußfragen schreiten konnte. Es waren folgende 3 Fragen stipuliert worden:

[1]) Ernst, II., 338.

1. Nimmt die Versammlung das Schlußresultat der Verhandlung an?
2. Lassen die einzelnen Mitglieder die noch bestehenden Widersprüche fallen?
3. Hält die Versammlung sich so lange an diese Beschlüsse gebunden, bis die hier nicht versammelten Bundesmitglieder den ihnen mitgeteilten Entwurf entweder definitiv abgelehnt oder nur ihre Gegenvorschläge eröffnet haben?

Der Punkt 2 wurde jedoch recht bald seiner Unklarheit wegen ganz gestrichen und stimmte nur über Frage 1 und 3 mit folgendem Ergebnis ab: 24 Teilnehmer bejahten die gestellten Fragen, während Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, der Prinz Heinrich der Niederlande und der Fürst von Waldeck die Fragen verneinten. Hierauf beschloß man, das Resultat der Fürstenversammlung in folgendem Schreiben zuzustellen[1]):

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Fürst!

Angesichts des Schreibens, mittelst dessen Ew. Majestät unter dem 20. v. M. die Einladung haben beantfühlt haben, können Wir nach Beendigung unserer Besammelten deutschen Fürsten und Vertreter der freien Städte, an Ew. Majestät zu richten Uns gedrungen gefühlt haben, können Wie nach Beendigung unserer Beratungen Uns nicht trennen, ohne Ew. Majestät nochmals Unser Bedauern darüber auszudrücken, daß Wir Allerhöchst Ihre persönliche Mitwirkung zu dem unternommenen großen Werke entbehren mußten. Gerne schöpfen Wir jedoch aus Ew. Majestät Versicherung, daß Allerhöchst Dieselben jede Mitteilung, die Ihre Bundesgenossen an Sie würden gelangen lassen, mit der von Ew. Majestät jederzeit der Entwicklung der gemeinsamen vaterländischen

[1]) Ernst, II., 339.

Interessen gewidmeten Bereitwilligkeit und Sorgfalt in Erwägung ziehen würden, die für Uns Alle so kostbare Hoffnung auf eine endliche allgemeine Verständigung.

Aus Unseren Beratungen ist der dem gegenwärtigen Schreiben beigefügte Entwurf einer Reformakte des deutschen Bundes hervorgegangen.

Von deutscher Eintracht und opferwilliger Gesinnung sämtlich beseelt, sind Wir unter Uns über denselben vollkommen einig geworden und werden es als ein hohes Glück für Uns Alle und für Unsere Völker betrachten, wenn nunmehr in der Brust Ew. Majestät, Unseres mächtigen und wohlgesinnten Bundesgenossen, Entschließungen reifen werden, durch welche Deutschland, dank dem Einverständnisse seiner Fürsten, auf der bundesgesetzlichen Grundlage an das Ziel einer heilsamen Reform seiner Verfassung gelangen wird.

24 Unterschriften."

Nach Erledigung dieser Angelegenheit erhob sich der Kaiser, um in folgenden Worten die Versammlung zu schließen[1]): „Wir haben unsere Beratungen geschlossen und Meine hohen Verbündeten werden Mir erlauben, einige kurze Abschiedsworte zu Ihnen zu sprechen. In zehn Sitzungen haben Wir Uns über eine lange Reihe der schwierigsten Fragen geeinigt. Nicht in einem einzigen Falle hat in Unserem Kreise ein Sonderinteresse die schließliche Einigung verhindert. Unser Aller Opferwilligkeit hat sich bewährt. Es erscheint Mir dies als eine große Tatsache, und wenn Wir gewiß Alle mit hoher Genugtuung auf so viele Beweise der Eintracht und Selbstverleugnung zurückblicken, so darf Ich für Meinen Teil vielleicht eine Regung von Stolz Mir verzeihen, wenn Ich gewahre, wie voll-

[1]) Ernst, II., 340.

ständig Meine Hoffnung auf das unmittelbare Zusammenwirken der deutschen Fürsten sich gerechtfertigt hat. Für die Freundschaft und das Vertrauen, welches Meine erhabenen Bundesgenossen Mir persönlich entgegengebracht haben, bitte Ich den Ausdruck Meines tiefempfundenen Dankes anzunehmen. Unser erster Fürstentag trennt sich nunmehr. Er trennt sich mit dem Wunsche, daß ein zweiter, sobald als möglich ihm folgend, alle Glieder des großen Ganzen vereinigen und Unsere Bemühungen krönen möge. Der Schutz des Allmächtigen bleibe bei Uns Allen in Deutschland."

Hierauf replizierte der König von Bayern[1]):

„Unsere Verhandlungen sind beendet, und es beseelt Uns die erhebende Hoffnung, daß durch dieselben der Grund gelegt sei zu einem für das gemeinsame Vaterland segensreichen Werke. Es durchdringt uns aber auch wohl Alle das Gefühl des lebhaftesten Dankes gegen Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich sowohl für die gegebene Anregung, als für die Ausdauer und bundesfreundliche Gesinnung, mit welcher Se. Majestät sich der Leitung Unserer Beratungen unterzogen hat. Ich zweifle nicht, im Sinne aller hier anwesenden Bundesgenossen zu handeln, indem Ich jenem Gefühle Worte leihe und Sr. Majestät dem Kaiser Unsern innigsten Dank ausspreche. Möge der Himmel das begonnene Werk zum Heile Deutschlands vollenden und Alle, welche dazu mitgewirkt, sich bald dieses schönsten Lohnes ihrer Bemühungen erfreuen lassen."

Nachdem die Versammlung durch Erheben von den Sesseln ihr Einverständnis ausgedrückt hatte, schloß der Kaiser den Fürstentag und forderte die Teilnehmer auf, ihm in den Garten zu folgen, wo ein Photograph der hohen Gesellschaft harrte, um sie auf die Platte zu fixieren. Dies war die letzte Aktion der Fürstenversammlung, die

[1]) Ernst, II., 340.

deshalb deren Endzweck auch nicht änderte. Der Kongreß hatte den Reformentwurf genehmigt für den Fall, daß auch Preußen seine Zustimmung durch Beitritt erklärte. Dies trat nicht ein, und so wurde die ganze Reformakte begraben, ohne daß durch laute Zwischenfälle die Leiche auch nur etwas gestört wurde. Hatte man in Preußen auch Oesterreich widersprechende Ansichten, zum Leichenschänder wollte sich ein Bismarck doch nicht stempeln lassen. Am 22. September lehnte Preußen jede Erörterung über die einzelnen Artikel ab und empfahl eine weitere Verhandlung durch Ministerkonferenzen. Folgende 3 Hauptpunkte wurden ex officio als vorherzugenehmigende Forderungen aufgestellt: 1. Veto für Preußen und Oesterreich gegen die Erklärung eines Bundeskrieges. 2. Wechsel des Präsidiums bei den Bundesbehörden zwischen Preußen und Oesterreich. 3. Ein aus direkten Wahlen hervorgegangenes deutsches Parlament statt der Landtagsdelegierten als Gegenwahl gegen partikulare Interessen. — Bei den herrschenden Anschauungen Oesterreichs und der Mehrzahl der deutschen Staaten war selbstredend eine friedvolle Einigung Deutschlands ausgeschlossen. Bismarck sollte mit seine Prophezeihung Recht behalten, daß ein Deutsches Reich nur ferro et igni gegründet, errungen werden konnte.



Inhalts-Verzeichnis.




Gaylord
PAMPHLET BINDER
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.



